

20  
21

AUS LIEBE  
ZUR FREIHEIT





Mitglieder

**Freie  
Demokraten**

Fraktion im  
Bundestag **FDP**

*Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,*

das gesamte Jahr 2020 war von der Corona-Pandemie und ihren Folgen geprägt. Wie aus dem Nichts hat uns Covid-19 mit voller Wucht getroffen: Niedersachsen ebenso, wie ganz Deutschland, Europa, wie die ganze Welt. Das Virus hat uns gezeigt, wie verletzlich unsere vernetzte Welt heute ist.

Trotzdem gilt es immer auch die Chancen zu sehen und anzunehmen, die jede Krise uns zeigt. Auch wir haben unsere Arbeit sehr schnell auf home office umgestellt, Treffen und Sitzungen virtuell absolviert und digital gearbeitet. Manches ging gut, anderes war gewöhnungsbedürftig. Nur unsere SIX ist unter die Räder gekommen und erscheint nun mit Verspätung.

Wie das Foto links zeigt, gab es auch eine Zeit vor Corona. Daher soll diese Ausgabe, die sechste in der Reihe unserer Arbeitsberichte aus dem Deutschen Bundestag, auch nicht ausschließlich die Pandemie und ihre Folgen beleuchten, sondern auch in den Blick nehmen, was an erfolgreicher Arbeit geleistet wurde.

Wir wollen die Chance nutzen, Bilanz zu ziehen: was konnten wir bisher erreichen, was steht noch an. Unsere Schwerpunktthemen

in Berlin wollen wir ebenso beleuchten, wie unsere Verbundenheit mit unserer Heimat in Niedersachsen und das vielfältige Engagement dort skizzieren. Es soll ein Perspektivwechsel sein, die eigene Sichtweise hinterfragen und sich so auf das Wichtige konzentrieren.

Bei allen Herausforderungen, vor die uns die letzten Monate gestellt haben, jeden einzelnen und uns als Gesellschaft insgesamt: Das Vertrauen auf die Kraft der Freiheit und die Entscheidungen des Einzelnen führen auch durch die Krisen unserer Zeit.

Viel Spass beim Lesen.

*Jens Beuck*

*Matthias Leesteren-Paulz*

**JB**

**MSP**

# ÜBERSICHT

<b>01</b>	<b>NEVERENDING</b> .....	<b>10</b>
	LEBENSCHANCEN.....	12
	KATASTROPHENSCHUTZ.....	16
	PARLAMENTSARMEE.....	18
	BARRIEREFREIHEIT.....	20
<b>02</b>	<b>UPTODATE</b> .....	<b>24</b>
	ALARMZEICHEN.....	26
	GLEICHHEIT.....	30
	WELTGESUNDHEIT.....	32
	COVID19.....	36
<b>03</b>	<b>EMPOWERMENT</b> .....	<b>38</b>
	INFRASTRUKTUR.....	40
	BÜRGERGESELLSCHAFT.....	44
	VERWIRKLICHUNG.....	46
	DIGITALNATIVE.....	49
<b>04</b>	<b>TOGETHER</b> .....	<b>52</b>
	WIDERSTANDSKRAFT.....	54
	STÄRKUNG.....	56
	ZUKUNFTSMUSIK.....	59
<b>05</b>	<b>EVERYBODY</b> .....	<b>62</b>
	EIGENHEIM.....	65
	ZEITENWANDEL.....	67
	PARTNERSCHAFTEN.....	68
	UNTERSTÜTZUNG.....	70
	INKLUSIONSPARTNER.....	73



<b>06</b>	<b>HOMELAND</b> .....	<b>76</b>
	PFLEGE <b>KAMMER</b> .....	78
	ZUSAMMEN <b>LEBEN</b> .....	81
	NEU <b>START</b> .....	83
	NAH <b>VERKEHR</b> .....	85
<b>07</b>	<b>BUREAUCRAZY</b> .....	<b>86</b>
	LAND <b>WIRTSCHAFT</b> .....	88
	ERMÖGLICHER .....	90
	ENT <b>LASTEN</b> .....	94
	BON <b>PFLICHT</b> .....	96
<b>08</b>	<b>BESTPRACTICE</b> .....	<b>98</b>
	HENRY <b>REEVE</b> .....	100
	AUS <b>TAUSCH</b> .....	102
	WAHL <b>LALTER</b> .....	105
	SCHNÜFFEL <b>HUNDE</b> .....	108
<b>09</b>	<b>OPENMIND</b> .....	<b>110</b>
	VERANTWORTUNG .....	112
	STRUKTUR <b>ERHALT</b> .....	115
	TRANS <b>ATLANTIK</b> .....	118
<b>10</b>	<b>BIGFIVE</b> .....	<b>122</b>
	RECHTS <b>STAAT</b> .....	124
	ENTWICKLUNG <b>POLITIK</b> .....	128
	FORTSCHRITT <b>SPREIS</b> .....	130
	KINDER <b>GESUNDHEIT</b> .....	133
	SCHUL <b>ABSENTISMUS</b> .....	136

## Holger Hofmann

Bundesgeschäftsführer Kinderhilfswerk

„ Es ist gut, gemeinsam mit starken Partnern die breite Umsetzung von Kinderrechten in Deutschland voranzubringen. Bei unseren Gesprächen zu den Themen Bildung, Beteiligung und den Rechten von Kindern hat mich stets das aufrichtige Interesse von Ihnen, Herr Seestern-Pauly, beeindruckt. Immer wieder begegne ich in Gesprächen politischen Akteurinnen und Akteuren mit großer Beratungsresistenz, denen es zu selten um einen echten Austausch von Argumenten geht. Unsere Gespräche sind hingegen von großer Aufgeschlossenheit und einem konstruktiven Dialog geprägt.“





## Janina Bessenich

Geschäftsführerin Caritas  
Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V.

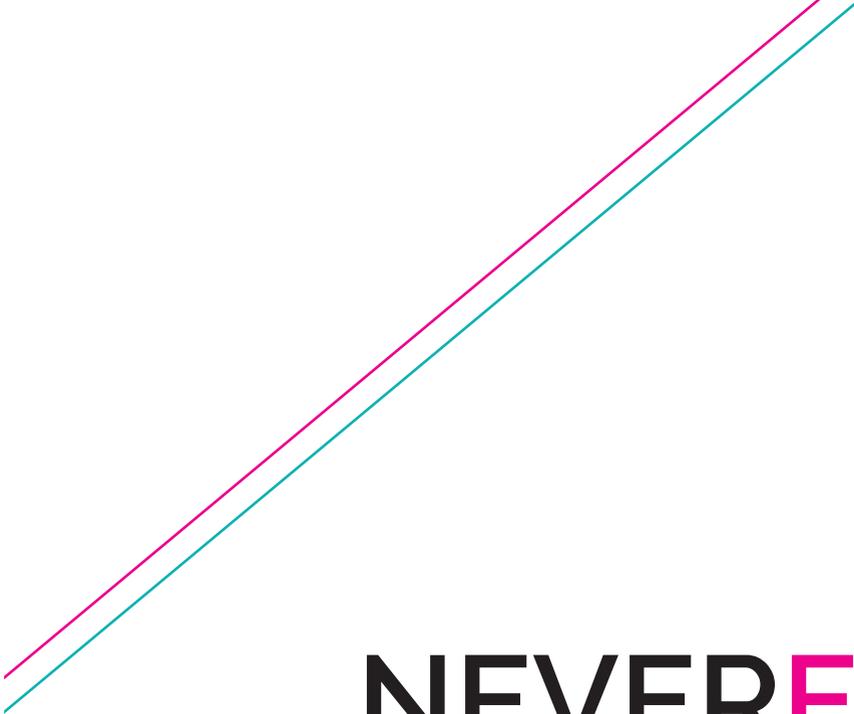
“ Lieber Herr Beeck, danke für Ihren Einsatz für Menschen mit Behinderung und für Menschenrechte und den Sozialstaat. Sie sind das soziale Herz der FDP. Sie sind gradlinig und eindeutig. Auf Sie ist Verlass. Ihre Haltung ist über Parteigrenzen hinweg vorbildlich. Ihre Rede beim Bundesverfassungsgericht beim Verfahren, die zur Aufhebung des Wahlrechtsausschlusses führte, ist unvergesslich. Sie sagen, was Sie denken und handeln entsprechend. Das macht Hoffnung darauf, dass die Politik Menschen dienen kann und muss. Diese Durchsetzungskraft und Ausdauer wünsche ich Ihnen und uns allen für die Zukunft in der Gestaltung der Rahmenbedingungen für das gute Leben für alle Menschen in der Bundesrepublik. Kurz und knapp: Beeck ist gut!



JB

MSP

01



# NEVERENDING

Besser mal nachfragen

Dauerbrenner der Bundespolitik

# LEBENSCHANCEN

## Bildungschancen nutzen, Digitalpakt 2.0 realisieren

Weltbeste Bildung beginnt in der Kita

„Was Hänschen nicht lernt, das lernt Hans nimmermehr.“ Man muss diesen Satz mit einem Augenzwinkern nehmen. Denn natürlich lernt man nie aus im Leben. Wir wünschten, wir könnten auch die Politik der Bundesregierung im Bereich der Frühkindlichen Bildung mit einem Augenzwinkern nehmen. Dafür aber ist die Lage viel zu ernst und ruft höchstens nervöses Zucken hervor.

Wir als Bürgergesellschaft müssen endlich den Stellenwert der Frühkindlichen Bildung erkennen. Von Sprachkompetenz über die Entwicklung motorischer Fähigkeiten und sozialer Kompetenzen: Frühkindliche Bildung ist mitnichten „singen und klatschen“, sondern Fundament der Bildungskette. Bedauerlicherweise setzt die GroKo beim Thema Frühkindliche Bildung konsequent auf schöne Verpackungen – mit abweichendem Inhalt. Die Politik dieser Wahl-

periode zeigt, wie eine Chance nach der nächsten verpasst wurde.

Zuerst hat die Bundesregierung mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ in erster Linie die pauschale Beitragsfreiheit für alle gefördert – der Name ist nicht Programm, sondern nur schöne Verpackung. So gab Mecklenburg-Vorpommern 100% der Bundesmittel für das „Qualitätsmerkmal gratis für alle“ aus. Nun soll der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter folgen. Dieser Rechtsanspruch geriet sehenden Auges zu einem ähnlichen Fiasko wie das Kita-Gesetz: Anstatt klare Kriterien für den qualitativen Anspruch an Ganztagsbetreuung im Primarbereich zu formulieren, zäumen die Bundesministerinnen Giffey und Karliczek das Pferd von hinten auf und errichten vorneweg ein Sondervermögen von 3,5 Milliarden Euro. Ohne Leitplanken, ohne Kriterien, die zumin-



dest als Ausgangsbasis für Verhandlungen mit den Bundesländern dienen könnten. Das ist in unseren Augen kein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern des Bundes.

Dabei liegt der Kern des Problems in beiden Fällen klar auf der Hand: der eklatante Fachkräftemangel. Schlechte Arbeitsbedingungen, niedriger Lohn, fehlende Aufstiegsperspektiven, hohe Bürokratiebelastung – all diese Faktoren sind der Bundesregierung als Bremsklötze der Professionalisierung der Frühkindlichen Bildung bekannt. Bis zum Jahr 2030 fehlen uns laut einer Studie des Prognos-Instituts 200.000 Fachkräfte in der Frühkindlichen Bildung; für die Erfüllung des Ganztagsanspruchs im Grundschulalter kommen laut Verband Bildung und Erziehung bis zum Jahr 2025 weitere 100.000 benötigte Fachkräfte hinzu.

Angesichts einer Fachkräftelücke von 300.000 Erzieherinnen und Erziehern startete die Bundesregierung 2019 eine sogenannte „Fachkräfteoffensive“, wo bundesseitig einmalig 2.500 Ausbildungsstellen „als Impuls“ gefördert wurden. Auf Nachfrage teilt die Bundesregierung mit: Es sind keine weiteren Modellvorhaben zur Fachkräftegewinnung geplant. Das grenzt für uns an Arbeitsverweigerung.

Dabei hat insbesondere die Corona-Krise wie unter einem Brennglas verdeutlicht, wie wichtig funktionierende Betreuungs- und Bil-

dungsinfrastrukturen sind. Angesichts der Notwendigkeit digitalen Unterrichts ist unser Schulsystem in die Knie gegangen. Für eine der führenden Wirtschaftsnationen der Welt ist dies ein Armutszeugnis. Angesichts der grundlegenden Versäumnisse im Bereich von Infrastruktur müssen wir endlich unsere Lehren ziehen und den Bildungsföderalismus reformieren. Denn auch der Digitalpakt funktioniert mit atemberaubender Langsamkeit. Die Mittel kommen kaum an – was angesichts der bürokratischen Hürden fast plausibel wird. Auch bei der Vermittlung von digitalem Know-How an Fachkräfte hinken wir dem eigentlichen Anspruch einer führenden Wirtschaftsnation gnadenlos hinterher. Woher sollen Schulen zum Beispiel plötzlich die Kompetenz haben, um detaillierte Medienentwicklungspläne zu schreiben, die Voraussetzung sind, um an Fördermittel zu kommen? Weil es am grünen Tisch so beschlossen wurde? Das ist realitätsfremd.

Das alles sind keine Lappalien. Deswegen brauchen wir statt leerer Symbolpolitik wirksame Investitionen in unser Bildungssystem und den Mut, Strukturen neu zu denken.

Wir müssen massiv in die Professionalisierung der Frühkindlichen Bildung investieren. Wir müssen Fachkräfte und Kita-Leitungen von Bürokratie entlasten, damit sie ihren pädagogischen Berufen nachkommen können. Wir müssen attraktive Aufstiegsperspektiven aufzeigen. Wir müssen nicht nur mit Worten klar machen: Weltbes-

te Bildung beginnt in der Kita.

Wir müssen mit einem Digitalpakt 2.0 ermöglichen, dass Bildungseinrichtungen vor Ort endlich die notwendigen Ressourcen und das notwendige Know-How für den Sprung ins 21. Jahrhundert erhalten.

Wir dürfen keine halben Sachen machen. Es geht um Bildungsgerechtigkeit, das Fundament für die Verwirklichung des eigenen Potenzials, und es geht um unsere Wettbewerbsfähigkeit an der Spitze der globalen Wissenswirtschaft.

Packen wir's an.

## Dr. Marion Villmar-Doebeling

Vorsitzende des LFA-Schulpolitik  
der FDP Niedersachsen

” Meine Zusammenarbeit im Bereich Bildungspolitik mit Matthias Seestern-Pauly ist immer geprägt von seiner großen Sachkompetenz, seinem außerordentlichen Engagement, seiner Verlässlichkeit sowie seinem genuinem Interesse an bildungspolitischen Zusammenhängen. Ich schätze ihn als feinfühlig-analytischen Bildungspolitiker auch aufgrund seiner Freundlichkeit und Menschlichkeit.



# KATASTROPHENSCHUTZ

## Torfbrand im Moor, eine Warnung

Zivilbevölkerung braucht Verlässlichkeit

Wie wichtig guter und ausreichender Katastrophenschutz vor Ort ist, hat der Torfbrand im Emsland im Herbst 2018 eindrücklich gezeigt. Fast drei Monate dauerten die Löscharbeiten, zeitweise waren über 1.500 Männer und Frauen von Bundeswehr, Technischem Hilfswerk und Feuerwehren aus ganz Niedersachsen im Einsatz. Ihnen allen kann man nicht genug für ihren Einsatz danken!

Die Löscharbeiten wurden dadurch erschwert, dass beim Brand im Moor eben genau Torf brannte und sich nur schwer löschen ließ. Dem Torfbrand im Moor vorangegangen war aber auch eine Serie von Pannen. Erst fielen die Löschraupen zur Brandbekämpfung aus, dann wurden offizielle Stellen und die Bevölkerung vor Ort nur schleppend informiert. Früh haben wir deshalb gemeinsam mit den Verteidigungspolitikern der Fraktion der Freien Demokraten

nach den Konsequenzen gefragt, die die Bundeswehr aus der Katastrophe ziehen will. Die vom Bund zugesagten Verbesserungen sowohl bei der materiellen als auch der personellen Ausstattung sind unabdingbar. So ist insbesondere die Anschaffung neuer Löschraupen für den Brandschutz dringend geboten. Von der Umsetzung der Maßnahmen machen wir uns regelmäßig vor Ort ein Bild. Denn die Wehrtechnische Dienststelle 91 ist fest in der Region verwurzelt und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Wichtig ist nun, dass die Maßnahmen weiter konsequent umgesetzt werden. Hier bleiben wir dran.

Unabdingbare Grundlage für einen wirksamen Katastrophenschutz ist zudem die technische Ausstattung der Feuerwehren vor Ort. Doch im Emsland wurden über die Jahre immer mehr Katastro-



phenschutz-Fahrzeuge altersbedingt ausgemustert, während die Indienststellung neuer Fahrzeuge auf sich warten lässt. Die Sorge, im Katastrophenfall nicht ausreichend geschützt zu sein, wurde deshalb zu Recht wiederholt von Bürgermeistern vor Ort an uns herangetragen. Der Grund für die fehlenden Fahrzeuge ist schnell gefunden: Der Bund, der den Ländern die entsprechenden Fahrzeuge bereitstellt, kommt seiner Verpflichtung nicht ausreichend nach. So ergab eine Anfrage der Fraktion der Freien Demokraten, dass bundesweit nahezu 500 Fahrzeuge fehlen – Niedersachsen stand Anfang 2019 mit über 70 fehlenden Fahrzeugen besonders schlecht da. Als zu Beginn dieses Jahres endlich neue Fahrzeuge an das Land geliefert wurden, wurde das Emsland übergangen. Wir haben uns aus diesem Grund an Innenminister Boris Pistorius gewandt. Erfreulicherweise wurde im Juni 2020 endlich ein neues Fahrzeug ausgeliefert. Es ist künftig bei der Feuerwehr Emsbüren stationiert. Hoffen wir, dass es nicht zu häufig ausrücken muss.

Es zahlt sich aus, dranzubleiben.

# PARLAMENTSARMEE

## Sicherheit für Bundeswehreinsätze

Soldatinnen und Soldaten verteidigen unsere Freiheit

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind weltweit im Einsatz, um unsere Freiheit zu verteidigen, Frieden zu sichern und die Menschen vor Ort zu schützen. Dabei leisten sie noch viel mehr: Sie unterstützen tausende Menschen dabei, ihre Heimat wieder aufzubauen und geben ihnen damit eine Zukunftsperspektive. Für diese Aufgaben sind die Soldatinnen und Soldaten bereit, ihr Wertvollstes zu geben: ihr Leben. Das verdient absolute Hochachtung.

Wir sind der festen Überzeugung, dass neben dem Respekt für die Arbeit unserer Soldatinnen und Soldaten vor allem die bestmögliche Ausrüstung und damit der bestmögliche Schutz im Einsatz von fundamentaler Bedeutung sind. Denn wenn ein Staatsbürger bereit ist, weltweit für unsere Werte der Freiheit, Rechtsstaatlichkeit

und Weltoffenheit zu kämpfen, dann muss er sich dabei auf seine Ausrüstung verlassen können.

Doch genau dies können die Soldatinnen und Soldaten nicht. Seit Jahren häufen sich vielmehr die Berichte über den maroden Zustand von Ausrüstung und Gerät unserer Bundeswehr. So weist beispielsweise das Sturmgewehr G36 eklatante Mängel bei der Treffsicherheit auf. Doch aller Ankündigungen zum Trotz wurde wegen langer Ausschreibungs- und Vergabeverfahren auch nach fünf Jahren noch kein Nachfolger gefunden. Mindestens genauso erschreckend sind die Berichte darüber, dass Bundeswehr-Piloten ihre Lizenzen verlieren. Der Grund hierfür lässt uns nur staunen: Wegen Mängeln an Militärmaschinen und fehlenden Ersatzteilen können die Soldatinnen und Soldaten nicht genug Flugstunden



absolvieren. Dass das Verteidigungsministerium deshalb Flugstunden bei zivilen Anbietern wie dem ADAC buchen muss ist schlicht nicht hinnehmbar.

Als Abgeordnete sind wir es, die unsere Parlamentsarmee in ihre Einsätze entsendet. Deshalb müssen wir auch gewährleisten, dass die Soldatinnen und Soldaten hierfür entsprechend ausgerüstet sind. Denn andernfalls riskieren wir die Sicherheit im Einsatz und damit das Leben der Soldatinnen und Soldaten. Als Fraktion der Freien Demokraten setzen wir uns deshalb dafür ein, endlich die finanziellen Mittel für ausreichendes und bestmögliches Material bereitzustellen. Denn neben der Hochachtung vor dem Dienst für unser Land und unsere Werte ist dies das Mindeste, was wir unseren Soldatinnen und Soldaten schulden.

Dazu gehört für uns auch, dass Schäden an Leib und Seele in der Nachsorge bestmöglich versorgt werden. Dazu gehören im Ausland zum Beispiel auch Assistenzhunde, die den für im Dienst schwer versehrte Soldatinnen und Soldaten oft langen Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben ebnet und begleiten können. Hierzu sind wir mit dem zuständigen Generalarzt im intensiven Austausch.

# BARRIEREFREIHEIT

## Es braucht ein Umdenken

Mobilität ist ein Freiheitsrecht

Als Freie Demokraten streiten wir täglich dafür, dass Menschen in allen ihren Lebenslagen selbstbestimmt handeln können. Um Menschen mit Behinderungen dieses Recht auf Selbstbestimmung und damit auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist eine barrierefreie Umgebung unabdingbar.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich durch die Aufnahme des Diskriminierungsverbotes für Menschen mit Behinderungen in Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 Grundgesetz vor rund 25 Jahren und die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention vor über zehn Jahren in ganz besonderer Weise dazu verpflichtet, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen weiter zu stärken. Aus diesem Grund war es nur folgerichtig, dass 2012 unter liberaler Regierungsbeteiligung die Verpflichtung zu einem barrierefreien Öffentli-

chen Personennahverkehr ab 2022 in das Personenbeförderungsgesetz aufgenommen wurde. Doch die Realität ist ernüchternd. Die Bundesregierung verweist in unserer Anfrage auf die Zuständigkeit der Länder für den Nahverkehr. Und diese wiederum sagen, dass das Ziel nicht zu erreichen ist. Wir sind der Überzeugung: Es braucht endlich ein Umdenken! Es ist der Wille, der fehlt.

Dass dieses Umdenken möglich ist, zeigen Beispiele vor Ort. So will das Emsland ab 2022 einen barrierefreien ÖPNV anbieten. Hier sind Nachahmer unbedingt gewünscht! Demgegenüber beweist die Deutsche Bahn in regelmäßigen Abständen, dass sie definitiv kein Bewusstsein für Barrierefreiheit hat. Anders ist nicht zu erklären, weshalb im vergangenen Jahr Regionalzüge in Schleswig-Holstein angeschafft wurden, deren 15 Grad steile Rampe kaum



von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zu überwinden ist. Die Bestellung nicht barrierefreier Züge, die über Jahrzehnte hinweg fahren sollen, ist ein Schlag ins Gesicht für Menschen mit Behinderungen. Fernreisen mit der Bahn sind für Menschen mit Behinderung ohnehin jedes Mal ein neues Abenteuer: Mal ist die Mobilitätsservice-Zentrale nicht erreichbar und mal gibt es keine barrierefreien Toiletten, weil der Wagen nicht am Zug hängt. Auch in Braunschweig interessiert sich die Bahn offensichtlich wenig für Barrierefreiheit. So soll bei der Sanierung des Bahnhofs Gliesmarode anstelle eines Aufzuges eine 100 Meter lange Rampe gebaut werden. Dies entspräche den Vorschriften, heißt es auf unsere Nachfrage. Doch mit der Lebenswirklichkeit vieler Menschen hat dies wenig zu tun.

Für uns liegt auf der Hand: Barrierefreiheit muss in allen Bereichen der Mobilität von Beginn an mitgedacht werden. Denn Nachrüstungen sind am Ende immer teurer. Bei aller Kritik gibt es aber auch positive Entwicklungen zu verzeichnen: Beim ECx der Deutschen Bahn, der ab 2023 Berlin und Amsterdam verbindet, ist die Barrierefreiheit gewährleistet. Im Berliner Nahverkehr werden zudem derzeit sprechende Haltestellen erprobt, die die Fahrt für Menschen mit Sehbehinderungen erleichtern sollen. Und in Braunschweig testet der lokale Anbieter des Nahverkehrs neue Haltestellen, bei denen die Lücke zwischen Bahnsteig und Straßenbahn verkleinert werden soll. Auch über die Mobilität hinaus gibt es



technische Entwicklungen, die hoffen lassen. So soll in diesem Jahr eine barrierefreie Notruf-App an den Start gehen. Damit können Menschen mit Sprachbehinderungen künftig über eine App ihren Notruf direkt an die nächste Leitstelle senden.

Als Freie Demokraten werden wir uns weiter dafür stark machen, das Bewusstsein für Barrierefreiheit zu stärken. Denn nur so können wir Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Barrierefreie Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Von ihr profitieren Menschen mit Behinderungen, Familien mit Kindern, ältere Menschen und wir alle, denn Einschränkungen der Mobilität erfährt zeitweise jeder Einzelne. Nicht auf fremde Hilfe angewiesen zu sein ist Ausdruck eines selbstbestimmten Lebens und damit persönlicher Freiheit.

Wir bleiben dran.



## Prof. Dr. Thomas Kahlisch

Direktor Deutsches Zentrum für barrierefreies Lesen

“ Lieber Jens Beck, der Zugang zu Literatur, Büchern und Wissen für sehbehinderte und blinde Menschen ist ein Menschenrecht. Wir sind froh, dass Sie sich mit viel Engagement und Einfühlungsvermögen für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einsetzen.

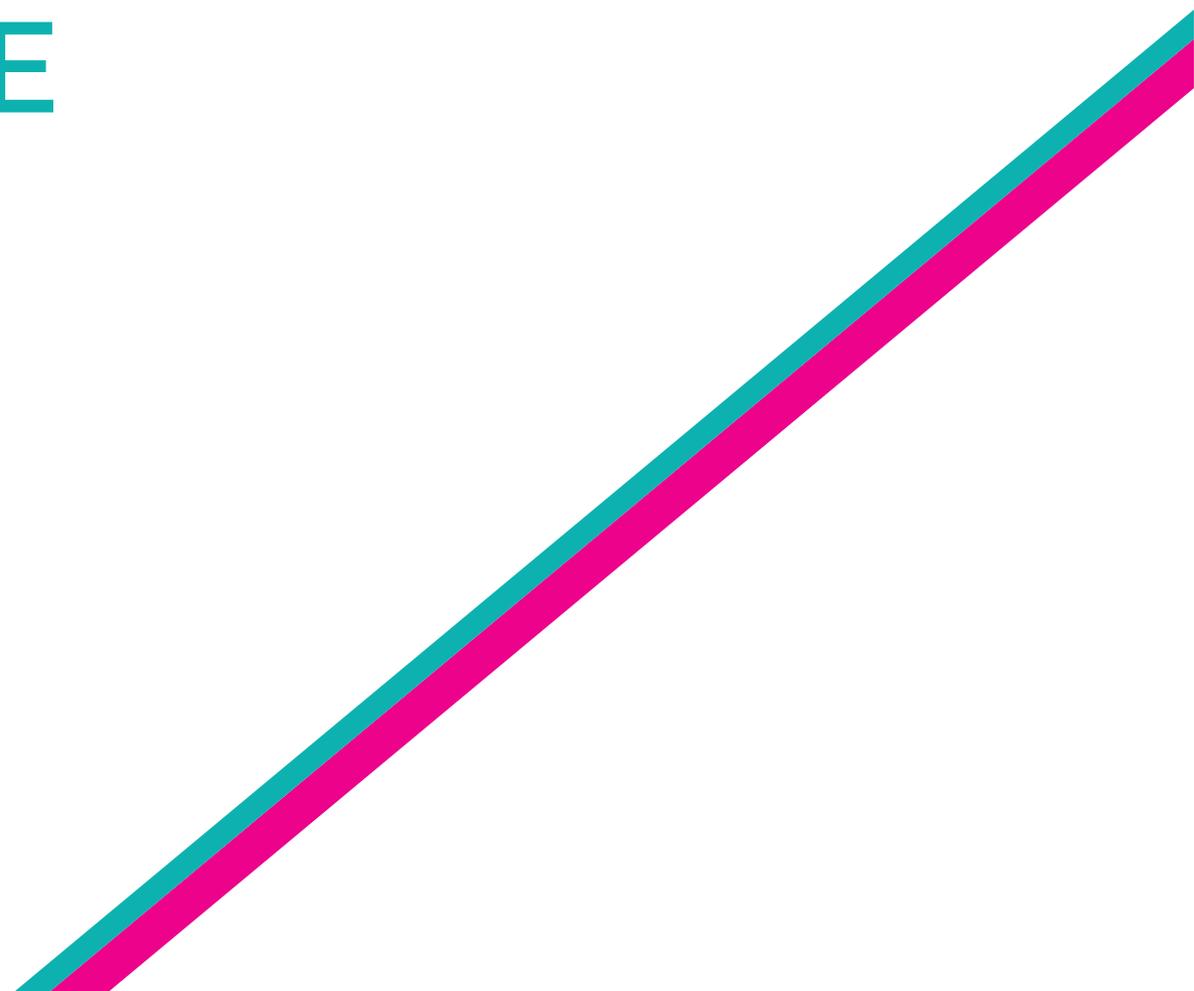
# 02



# UPTO**DATE**

Was uns bewegt

Diskurs heute



# ALARMZEICHEN

## Fälle von sexuellem Missbrauch an Kindern erschüttern

Abscheuliche Taten verhindern und bestrafen

Fälle von Kindesmissbrauch erschüttern und schockieren uns nicht nur in den letzten Monaten immer wieder. Der Camping Platz in Lügde, das Täternetzwerk in einem Aachener Schrebergarten – das Ausmaß und die Taten an sich: Sie lassen uns wütend und sprachlos zurück. Sexueller Kindesmissbrauch reißt klaffende Wunden in die Seelen unserer Kinder, die ein Leben lang bleiben; die Täter vergewaltigen aus einer perversen Machtlust heraus die Schwächsten und Abhängigsten.

Sexueller Kindesmissbrauch zerstört Leben.

Diese abscheulichen Straftaten kommen in allen gesellschaftlichen Schichten vor, unabhängig von Bildung oder Einkommen. Diese Straftaten gab es auch schon immer. Und dennoch gibt das

Darknet – ein verschlüsselter Bereich des Internets – Kindesmissbrauch eine neue Dimension, einen neuen Rückzugsort. Nie war es einfacher für Pädokriminelle an kinderpornographisches Material zu gelangen und eigenes Material zu teilen.

Für uns Liberale stellt sich hier zunächst die Frage: Wie können wir wirksame Prävention betreiben? Sprich: Wie können wir Individuen stärken und welche Strukturen, die im Verdachtsfall zum Tragen kommen, müssen unterstützt werden?

Auf individueller Ebene gibt es Betroffene und Täter. Das perfide an sexuellem Kindesmissbrauch ist oftmals, dass betroffene Kinder die Übergriffe zunächst nicht als solche erkennen können. Täter „normalisieren“ Missbrauch häufig, sodass Kinder gar nicht davon



ausgehen, dass das, was ihnen geschieht „unnormale“ ist. Deswegen müssen wir unsere Kinder unbedingt stärken. Wir müssen Initiativen wie „Mein Körper gehört mir“ und andere ausbauen und in die Fläche tragen. Durch diese Präventionsprogramme wird bei Kindern das Bewusstsein für den eigenen Körper gestärkt. Es wird vermittelt, wo die Grenzen zum Übergriff liegen, damit Kinder eventuellen Missbrauch überhaupt erst als solchen erkennen. Die Täter sind der zweite Ansatzpunkt auf individueller Ebene. Wir müssen potenziellen Tätern, die sich ihrer Neigung bewusst sind, die Möglichkeit eröffnen, ihre Sexualität zu kontrollieren. Das Programm „Kein Täter werden“ der Charité in Berlin ist ein vielversprechender Ansatzpunkt. Hier werden Männer und Frauen mit pädosexueller Neigung engmaschig psychologisch betreut, um ihre Impulse zu kontrollieren und Übergriffe zu verhindern. Beide Aspekte – die Stärkung unserer Kinder und präventive Programme zur Verhinderung von Übergriffen durch potenzielle Täter – sind integrale Bestandteile wirksamer Prävention.

Um die Prävention von Kindesmissbrauch auf der strukturellen Ebene zu stärken, ist für uns klar: Wir müssen den Fahndungsdruck erhöhen. Die glaubhafte Aussicht entdeckt zu werden, setzt Täter unter Druck und schreckt ab. Das Darknet, als Teil des Internets, spielt hier eine zentrale Rolle. Wo die Täter selbstverständlich unterwegs sind, dürfen die Strafverfolgungsbehörden nicht fehlen. Wir müssen die Polizei mit den technischen und personellen

Ressourcen ausstatten, um mit den Tätern gleichzuziehen. Wir müssen die Zusammenarbeit von Jugendämtern und Familiengerichten stärker verzahnen, damit Ungereimtheiten und Hinweisen auf Gefährdungen auch konsequent nachgegangen wird. Diese Maßnahmen zur Prävention sind der erste Schritt, um Missbrauch frühzeitig zu erkennen oder zu verhindern.

Doch neben den Maßnahmen zur Prävention müssen wir auch eine andere Frage beantworten: Wie normieren wir als Gesellschaft die Straftat des sexuellen Kindesmissbrauchs? Für uns ist die Antwort klar: Sexuelle Übergriffe auf Kinder sind Verbrechen. Es stimmt: Wir müssen unseren Fokus auf die Prävention legen, denn höhere Strafen alleine beeindrucken Triebtäter nicht. Wir müssen daher unsere Strafverfolgungsbehörden besser ausstatten und die Zusammenarbeit relevanter Akteure wie Jugendamt und Familiengericht besser verzahnen. Wir müssen aber auch ein unmissverständliches, klares Signal als Gesellschaft senden: Wir machen Angebote und geben Möglichkeiten, kein Täter zu werden.

Wer sich dennoch an einem Leben vergeht, wer dennoch die Seelen und Körper von Kindern vergewaltigt, ist Verbrecher.





## Christine Lohn

Geschäftsführerin Bundesarbeitsgemeinschaft  
Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.

“ Lieber Herr Seestern-Pauly, als Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSÄ) setze ich mir für die Belange benachteiligter junger Menschen ein und vertrete die notwendigen Veränderungsbedarfe politisch. Dabei geht es unserem Verband sowohl um die aus Sicht der Jugendsozialarbeit relevanten Weiterentwicklungsbedarfe im Schulsystem als auch um den Übergang Schule - Beruf. Seit mehr als zwei Jahren sind Sie uns hierbei ein kompetenter Partner für die wichtigen Themen Bildungsgerechtigkeit, Kooperation Schule und Jugendhilfe, inklusive Schulsozialarbeit, Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendhilferechts.

# GLEICHHEIT

## Geschlechterklischees überwinden

Denken wir neu

Freiheit, Gleichheit – Schwesterlichkeit? Die Diskussion um Geschlechterklischees und Frauenquote ist fortlaufend aktuell. Entsprechend ernüchternd ist der alte Vorschlag, der immer wieder aus der Versenkung geholt wird: Quote, Quote, Quote.

Was wir brauchen, ist nicht Quotenzwang, sondern den Mut, Ungleichheiten als solche zu benennen und Strukturen neu zu denken, um diesen Ungleichheiten entgegenzuwirken. Es stimmt, dass der Frauenanteil in der Politik nicht zufrieden stellt. Es stimmt auch, dass dies nicht daran liegt, dass sich Frauen weniger für Politik interessieren. Aber anstatt nach dem Staat zu rufen, sollten wir konkrete Strukturen kritisch überprüfen. Wie organisieren wir Politik auf allen Ebenen? Müssen Ratssitzungen zu Uhrzeiten stattfinden, die mit Familienleben nur schwer vereinbar sind? Was können

wir an strukturellen Hürden abbauen, um politisches Engagement für alle attraktiver zu machen?

Überkommene Rollenbilder sorgen noch immer häufig dafür, dass Frauen „zurückstecken“ und sich der Familienarbeit verschreiben. In der Corona-Krise wurde schnell deutlich: Wenn Kinderbetreuung und Schule wegbrechen, ist die alte Rollenverteilung schnell wieder bei der Hand. Doch insbesondere in der jungen Generation sind diese Rollenbilder in den Köpfen bereits überholt. Neben der Forderung nach verlässlichen Konzepten für die Frühkindliche Bildung und digitalen Unterricht begrüßen wir auch Angebote wie den Girls & Boys Day. Hier erhalten Kinder Einblicke in Berufe, die regelmäßig vom jeweils anderen Geschlecht ausgeübt werden. Ziel muss es sein, zu verdeutlichen, dass es auf das Talent und



die Einsatzbereitschaft jedes Einzelnen ankommt – nicht auf das Geschlecht.

Kaum ein Bereich verdeutlicht dies besser und bunter als die Rechte der LGBTI-Community. Der diesjährige Pride Month im Juli hat einmal mehr gezeigt: Die Belange der LGBTI-Community müssen immer noch sichtbar in die Mitte der Gesellschaft getragen werden. Hier müssen Staat und Politik ihrer Rolle als Impulsgeber weiterhin gerecht werden und ein starkes Zeichen für die immer noch nicht erreichte Gleichstellung setzen. Daher fordern wir als Fraktion der Freien Demokraten, dass alle Dienstgebäude des Bundes am Christopher Street Day mit der Regenbogenfahne beflaggt werden. Die Regenbogenfahne zu hissen, zumal am Jahrestag der Vorkommnisse in der Christopher Street in New York, ist ein starkes Signal unserer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft an alle in Deutschland lebenden Menschen: Ihr gehört dazu, Ihr seid Wir – und das ist gut so.

Unser Weg nach vorne ist klar: Der Mensch im Mittelpunkt, eine ehrliche Bestandsaufnahme der Probleme und der Mut, Strukturen neu zu denken.

# WELTGESUNDHEIT

## Handlungsfähigkeit der WHO sicherstellen

Wirksame Frühwarnsysteme für Gesundheitskrisen aufbauen

Die Corona-Pandemie hat die Welt innerhalb weniger Wochen auf den Kopf gestellt und Gesundheitssysteme rund um den Globus an ihre Belastungsgrenzen gebracht. Alle Länder sind gefährdet – unabhängig vom Entwicklungsstatus oder der Stärke des Gesundheitssystems. Ob und wann ein geeigneter Impfstoff kommt und wie zuverlässig er sein wird, ist noch völlig ungewiss. Anstatt in Nationalismus und Schuldzuweisungen zu verfallen und darüber zu diskutieren, welches Land auf die Pandemie am schlechtesten reagiert, sollten wir lieber darüber reden, wie wir uns gegenseitig unterstützen können. Wir befinden uns inmitten einer globalen Gesundheitskrise, von der keiner sagen kann, wie lange sie andauern wird. Das macht eine global abgestimmte Strategie zur Bewältigung der Krise samt ihrer Folgen notwendiger denn je, denn niemand ist sicher, solange wir nicht alle sicher sind.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die als einzige übergeordnete Instanz für globale Gesundheit eine solche Strategie erarbeiten und koordinieren könnte, befindet sich allerdings ebenfalls in ihrer bislang größten Krise. Unter anderem steht die Finanzierung in der Kritik: Pflichtbeiträge der Mitgliedsländer machen nur noch etwa 20 Prozent des Gesamtbudgets aus. Es schränkt die Neutralität und Handlungsfähigkeit der WHO ein, dass 80 Prozent des Budgets aus freiwilligen Zuwendungen besteht und nur zweckgebunden eingesetzt werden darf. Damit bestimmen die Geldgeber größtenteils die Agenda der Organisation und das in der Verfassung der WHO festgeschriebene Ziel, allen Völkern zur Erreichung des bestmöglichen Gesundheitszustands zu verhelfen, wird massiv gehemmt.



Insbesondere für den Gesundheitsschutz in Entwicklungsländern kann das fatale Folgen haben. Denn auch wenn die Verdienste privater Stiftungen unbestritten bleiben, so bestimmen private Geber maßgeblich die Agenda der globalen Gesundheitspolitik. Dadurch werden wichtige Aufgaben vernachlässigt, wie beispielsweise der notwendige Aufbau funktionierender Gesundheitssysteme in den schwächsten Ländern der Welt.

Entwicklungs- und Schwellenländer müssen neben einer Gesundheitskrise oft auch eine Wirtschafts- und Ernährungskrise bewältigen. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen geht in einem Sonderbericht zur Corona-Pandemie davon aus, dass sich die Zahl der unterernährten Menschen in diesem Jahr weltweit fast verdoppeln und damit auf 265 Millionen ansteigen könnte. Zudem drohen wegen der Corona-Pandemie neue Ausbrüche von Krankheiten, die durch Impfungen vermeidbar sind. Hier riskieren wir die Erfolge jahrzehntelanger Arbeit im weltweiten Kampf gegen Infektionskrankheiten zunichte zu machen.

Die Corona-Pandemie ist und bleibt nicht die einzige Gefahr für uns. Virologen sprechen von etwa 40 weiteren zoonotischen Viren mit einem Pandemie-Potential von Covid-19. Inzwischen sind 75 Prozent aller neu auftretender menschlicher Infektionskrankheiten zoonotischen Ursprungs, heißt: Sie können von Tieren auf Menschen übergehen. Das stetige Bevölkerungswachstum sowie

die Ausdehnung des menschlichen Lebensraums begünstigen die Bedingungen dafür. Hier steht die Infektionsforschung vor großen Herausforderungen. Die Frage lautet daher nicht, ob neue Krankheiten ausbrechen, sondern wann und wo der nächste Ausbruch stattfindet und welche effektiven Reaktionsstrategien wir bis dahin erarbeitet haben.

Die WHO als eine globale Koordinierungsbehörde ist daher alternativlos und muss dringend reformiert und von ihren Mitgliedsstaaten gestärkt werden – nicht nur finanziell, sondern auch strukturell und fachlich. Wir müssen in Zukunft mit weiteren globalen Gesundheitskrisen rechnen. Umso wichtiger ist es wirksame Frühwarnsysteme zu implementieren, die auch Gesundheit und Wohlergehen in Entwicklungsländern sicherstellen.

Globale Gesundheit muss darüber hinaus vernetzter gedacht werden und Forscher unterschiedlicher Disziplinen müssen sich intensiver austauschen. Das Schlagwort lautet hier: One-Health-Ansatz. Nur so können die komplexen Zusammenhänge zwischen Gesundheit von Mensch und Tier berücksichtigt und wirkungsvolle Maßnahmen zum Gesundheitsschutz aller getroffen werden.

Krankheiten kennen keine Grenzen – das sollte Gesundheit auch nicht.





## Jennifer Hamade

Leiterin der Krebsberatungsstelle IGEL e. V.

” Im Zuge der geplanten Regelfinanzierung für ambulante psychosoziale Krebsberatungsstellen begrüßte die Krebsberatungsstelle IGEL e.V. den Bundestagsabgeordneten Matthias Seestern-Pauly. Auch Sie, Herr Seestern-Pauly, boten uns Ihre Unterstützung an. Im Namen der FDP stellten Sie eine kleine Anfrage zum Bearbeitungsstand und weiteren Vorgehen an die regierenden Parteien. Die Idee dieser Anfrage war, dass das Vorankommen der Arbeit zum Thema Regelfinanzierung nicht aus dem Blickfeld gerät und so der Prozess nicht ins Stagnieren kommen kann. Hierdurch begleiteten Sie einen Teil des langen Weges, zu einem sehr wichtigen Zeitpunkt der Entwicklung.



# COVID19

## Folgen der Corona-Krise wirksam begegnen

Chancen erkennen

Die Corona-Krise hat uns alle unvermittelt und viele von uns ganz massiv getroffen. Durch die notwendigen Maßnahmen, die zu Beginn der Pandemie ergriffen wurden, sind insbesondere mittelständische Unternehmen unverschuldet an den Rand ihrer Existenz gedrängt worden. Um den Unternehmerinnen und Unternehmern vor Ort einen Überblick über die Vielzahl der Unterstützungsleistungen des Bundes zu geben, haben wir während der Krise regelmäßige Updates versendet. Auf diese Weise wollten wir Licht in den Dschungel der vielen verschiedenen Maßnahmen bringen und so die Unternehmen vor Ort in dieser schwierigen Phase zumindest ein wenig unterstützen.

Als Fraktion der Freien Demokraten haben wir zu Beginn der Krise die überwiegende Mehrheit der Unterstützungsmaßnahmen der

Bundesregierung im Bundestag mitgetragen. Denn wir waren und sind der Auffassung, dass Unternehmen, die unverschuldet durch die Corona-Krise am Rande ihrer Existenz stehen, geholfen werden muss. Leider hat die Bundesregierung bei ihren Hilfspaketen aber viele Betroffene vergessen. Die Reisebranche musste Monate ohne wirksame Hilfe auskommen und vielen Betrieben fehlt noch immer eine echte Perspektive. Solo-Selbstständige und Freiberufler haben noch immer keinen richtigen Zugang zu den Corona-Hilfen. Und die Kreativwirtschaft wurde bis vor kurzem komplett vergessen.

Wir haben von Beginn an den Dialog mit den Betroffenen gesucht und uns immer wieder dafür stark gemacht, dass niemand vergessen wird – und das werden wir auch weiterhin tun. Zudem haben wir uns bereits frühzeitig für differenzierte Lockerungsstrategien

JB

MSP



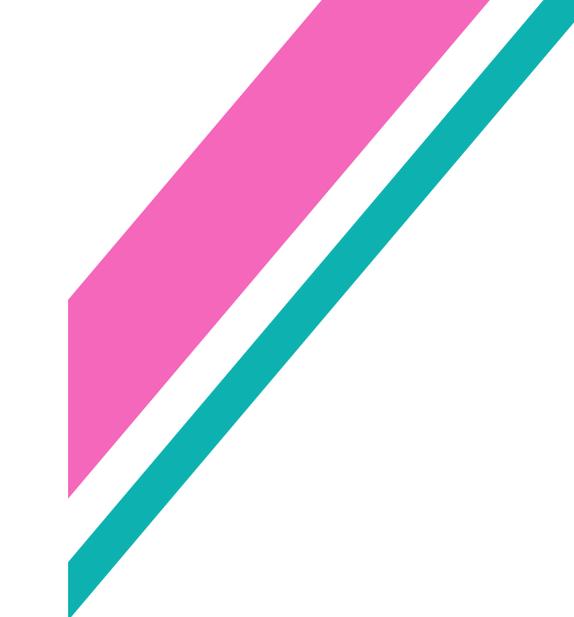
stark gemacht, um Menschen wie auch Unternehmen eine Perspektive zu bieten.

Als Freie Demokraten sind wir der Auffassung, dass wir mehr brauchen um die Krise zu überwinden, als punktuelle Akutmaßnahmen. Wir müssen die Krise als Chance begreifen, um jetzt die richtigen Impulse für unseren Wohlstand der Zukunft zu setzen. Aus diesem Grund setzen wir uns für wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen ein, die bei Bürgerinnen und Bürgern wie auch Unternehmen ankommen. Der Mittelstandsbauch muss endlich abgebaut werden, indem der zweite Einkommensteuer-Eckwert nach rechts verschoben wird. Außerdem muss der Soli rückwirkend zum 1. Januar 2020 ersatzlos gestrichen werden. So stärken wir mittelständische Einkommen und damit auch unsere Binnennachfrage in Deutschland. Außerdem wollen wir es für Unternehmen einfacher machen, Rücklagen zu bilden und zu investieren.

Für uns ist klar: Nur, wenn wir jetzt die richtigen Weichen stellen, können wir unseren Wohlstand auch in der Zukunft sichern.

03





# EMPOWERMENT

Selbst ist der Wähler

Selbstständigkeit ist Grundlage persönlicher Freiheit

# INFRASTRUKTUR

## Mehr als nur Standortvorteil

Wohlstand braucht eine Grundlage

Gerade in Zeiten von zunehmendem globalem Wettbewerb, in denen unser Mittelstand vor Ort mit Unternehmen aus der ganzen Welt konkurriert, ist eine gute Infrastruktur das beste Rückgrat, das wir unseren Unternehmen bieten können. Klar ist deshalb: Investitionen in die Infrastruktur vor Ort sind Investitionen in die Zukunft des Wirtschaftsstandortes. Damit sichern wir langfristig unseren Wohlstand.

Um weltweit konkurrieren zu können, muss ein Wirtschaftsstandort auch international angebunden sein. Andernfalls riskieren wir einen erheblichen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Regionen in Deutschland, Europa und auf der ganzen Welt. Umso wichtiger ist es, die Debatte um den Erhalt des Flughafens Münster/Osnabrück (FMO) ideologiefrei zu führen. Nur ein klares Bekennt-

nis zum Flughafen ist auch ein klares Bekenntnis zur Wirtschaft vor Ort. Allen anderen Vorstößen stellen wir uns deshalb mit aller Kraft entgegen.

Um die deutschland- und europaweite Anbindung unserer Region zu sichern, müssen zudem die Lücken in Bundesautobahnen geschlossen und bestehende Autobahnen ausgebaut werden. Als Freie Demokraten setzen wir uns deshalb dafür ein, dass die A33 Nord zügig fertiggestellt wird und so die Lücke zur A1 geschlossen wird. Gemeinsam mit der B51 neu bei Belm wird so die Anbindung einer ganzen Region massiv gestärkt.

Genauso selbstverständlich wie der Ausbau der Infrastruktur ist für uns aber auch, dass die Belange der Bürgerinnen und Bürger



vor Ort ernst genommen werden. Die gute Nachricht: Uns gegenüber hat das Bundesverkehrsministerium bestätigt, dass bei der B51neu bei Belm auf den Lärmschutz geachtet wird. Wichtig ist nun, dass die schalltechnischen Untersuchungen bald stattfinden und die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen zügig umgesetzt werden. Wir bleiben dran!

Eine breit aufgestellte Infrastruktur setzt neben den Luft- und Landwegen auch auf Wasserstraßen. Wie in allen anderen Bereichen gilt es auch hier, dass entstandene Schäden zügig behoben werden müssen, um den Schaden für die Wirtschaft vor Ort kleinstmöglich zu halten. Es ist deshalb dringend notwendig, dass die Kunkemühler Brücke über den Dortmund-Ems-Kanal schnellstmöglich wieder aufgebaut wird. Ursprünglich war ohnehin geplant, die Brücke bis 2024 zu ersetzen. Dieser Zeitplan wurde nach dem Einsturz auch vonseiten des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Rheine bestätigt. Doch aus der Antwort auf unsere Anfrage an die Bundesregierung geht hervor, dass die Brücke erst bis 2025 wieder aufgebaut werden soll. Vollkommen zu Recht sind die Bürgermeister aus den angrenzenden Gemeinden hierüber erzürnt. Denn das Verhalten der Bundesregierung ist schlicht ignorant.

Ignorant zeigt sich das Verkehrsministerium auch, wenn es um die Sicherheit von Radfahrern geht. Dabei ist es gerade in Zeiten von zunehmendem ökologischem Bewusstsein unerlässlich, auch die

Infrastruktur für Radfahrer zu stärken. Umso unverständlicher ist es, dass das Modellprojekt „Schutzstreifen außerorts“, mit dem in der Grafschaft Bentheim erfolgreich Markierungen auf Bundesstraßen erprobt wurden, einfach eingestellt wurde. Denn aus unserer Sicht muss nicht nur in städtischen Ballungsräumen, sondern gerade auch im ländlichen Raum die Infrastruktur für Radfahrer dringend gestärkt werden. Mit ihrem Vorgehen beweist die Bundesregierung jedoch einmal mehr, dass sie die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes vollkommen aus den Augen verloren hat. Die schwarz-rote Politik vergisst also die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

Für uns ist klar: Unser Wirtschaftsstandort hängt maßgeblich von seiner Infrastruktur ab. Deshalb werden wir uns weiter dafür stark machen, dass unsere Region über Land und Schiene, über das Wasser und aus Luft gut angebunden ist.





## Dr. Matthias Bartke MdB

Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales

“ 2019 habe ich gemeinsam mit Jens Beek am Großprojekt „Sozialgesetzbuch XIV“ gearbeitet. Das Gesetzgebungsverfahren war sehr außergewöhnlich, weil am Ende alle Fraktionen außer der AfD dem Gesetz zugestimmt haben, und es zeigt, wie konstruktiv die demokratischen Fraktionen des Bundestages zusammenarbeiten. Auch im Bereich der Belange von Menschen mit Behinderung erlebe ich Herrn Beek als klugen und konstruktiven Streiter der Opposition. Seine Parlamentsreden sind zuweilen zwar sehr scharfzüngig aber stets fair. Die parlamentarische Auseinandersetzung mit Jens Beek ist immer anregend und bereitet (meistens) Freude.

# BÜRGERGESELLSCHAFT

## Mehr Solidarität wagen

Contergan ist nur das prominenteste Beispiel

Eigenständigkeit und selbstbestimmtes Leben, wer wünscht sich das nicht? Etliche Menschen mit Conterganschäden zeigen unserer Gesellschaft tagtäglich eindrucksvoll, dass es auch unter schwierigen Voraussetzungen möglich ist. Viele leben in der eigenen Wohnung, sind noch aktiv im Arbeitsleben und engagieren sich ehrenamtlich. Dennoch, sie alle kämpfen seit Jahrzehnten mit den damals entstandenen Beeinträchtigungen und mit neu entstehenden und immer noch neu entdeckten Folge- und Spätschäden. Und sie kämpfen genauso lange gegen Bürokratie.

Vor über 60 Jahren fand der bis heute größte Arzneimittelskandal in Deutschland statt und vor 50 Jahren wurden die Entschädigungs- und Versorgungszahlungen gestartet. Es war damals richtig, dass der Staat die Conterganstiftung mit ins Leben gerufen hat

und seit langem für die dauerhafte Finanzierung mit Haushaltsmitteln sorgt. Und es bleibt auch rückblickend weiterhin richtig. Die Stiftung unter Aufsicht des Bundes wird finanziell immer wieder gestärkt werden müssen, um auf neue Bedürfnisse reagieren zu können und neue Unterstützungsleistungen anzubieten. Aber nicht alles läuft reibungslos und viele Betroffene kritisieren seit langem restriktive Bewilligungen und sehen sich in die Bittstellerposition gedrängt.

Als Parlamentarier werden wir immer wieder auf Mängel in der Stiftungsstruktur hingewiesen und wir haben durch Änderungen des Conterganstiftungsgesetzes gute Möglichkeiten zur Verbesserung. So haben wir bei der letzten Änderung sogar drohende Verschlechterungen abwenden können. Die Politik hat nach wie vor



die Verpflichtung, die Schäden durch das erlittene Unrecht, die zu langsame Reaktion der Verantwortlichen und die zu lange Suche nach Schuldigen durch Leistungen aufzufangen und zu entschädigen. Und unsere Mitbürger mit gravierenden Conterganfolgen haben nach jahrzehntelangem Leistungsbezug einen berechtigten Anspruch auf Vertrauensschutz; d.h. eine durchaus in Einzelfällen im Raum stehende Aberkennung von Leistungen darf und wird es nicht geben.

Es wird nicht einfacher. Das eigenständige und selbstbestimmte Leben der Menschen mit conterganbedingten Behinderungen weiter zu ermöglichen, wird Anstrengungen erfordern. Der Bedarf an Assistenz, der Bedarf an Umbauten und der generelle Pflegebedarf werden zunehmen. Wir stehen dafür, dass der Staat und die Politik ihrer Verantwortung gerecht bleiben und die bestehenden Strukturen der Conterganstiftung immer wieder auf den Prüfstand kommen.

Solidarität und Eigenständigkeit funktionieren am besten miteinander.

# VERWIRKLICHUNG

## Teilhabe am Arbeitsmarkt stärkt alle

Individuelle Lösungen für starke Persönlichkeiten

Das Recht auf Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ist heute Konsens und einer der wichtigsten Schlüsselbegriffe für die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft. Er ist inzwischen fester Bestandteil unserer Rechtsordnung. Für Menschen mit Behinderungen wurde dieser Anspruch lange Zeit nicht erreicht und dies zeigte sich zu lange in einem paternalistischen Fürsorgesystem, in dem Betreuung und Versorgung im Vordergrund standen.

Das Selbstverständnis von Menschen mit Behinderungen insgesamt und auch am Arbeitsmarkt hat sich grundlegend gewandelt. Einen Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu haben und für sich selbst sorgen zu können, ist für viele Menschen mit Behinderungen jedoch auch heute noch keine Selbstverständlichkeit.

Wir brauchen Fachkräfte. Viele Menschen mit einer schweren Behinderung sind gut ausgebildet und für den Arbeitsmarkt unverzichtbar. Immer wieder fragen wir die Datenlage zu Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt bei der Bundesregierung ab. Die Antworten sind stets gleich: Wenige Daten und kein Wille zur Veränderung. Das wirkt sich auch aus beim Übergang von einer Werkstatt für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Die Freien Demokraten fordern eine Genehmigungsfiktion für Arbeitgeberanträge bei den Integrationsämtern und eine neue Peer-to-Peer-Beratung auf Arbeitgeberseite. Das Budget für Arbeit mit Lohnkostenzuschüssen muss ausgedehnt, vereinfacht und praxisgerechter ausgestaltet werden. In der jetzigen Form ist es



zum Scheitern verurteilt. Das muss sich ändern. Die Arbeitgeber müssen vorhandene Informationen und Fördermöglichkeiten besser nutzen und sollten mutig und mit Weitsicht vorangehen.

Teilhabe am Arbeitsleben bedeutet zudem mehr als die Inanspruchnahme von Teilhabeleistungen. Teilhabe an Arbeit ist ein grundsätzliches Anliegen unabhängig von staatlichen Leistungen. Sie beschreibt einen gesellschaftlichen Konsens und auch ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Teilhabe und menschenwürdige Arbeit heißt, dass es am Arbeitsplatz keinen Unterschied macht, ob ein Mensch eine Behinderung hat. Diese Vision einer inklusiven Gesellschaft, einer inklusiven Arbeitswelt, muss das Ziel des heutigen und zukünftigen politischen Handelns sein. Das Prinzip der Nachhaltigkeit gilt auch für die Teilhabe am Arbeitsleben.

Dazu braucht es den Willen und den Mut Aller.

## Dr. Thorsten Hinz

Vorstand der Stiftung St. Franziskus in Heiligenbronn

**”** Mit Jens Beeck hat die Teilhabepolitik in Deutschland neue und wichtige Impulse bekommen. Seine klare Haltung für die Aufgaben und Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention überzeugt in den Fachkreisen und weit über die Parteigrenzen hinweg. Die kritische Begleitung zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes als eines der wichtigsten Gesetze zur Reform der Leistungen für Menschen mit Behinderungen in den letzten Dekaden sieht Jens Beeck als sein zentrales Anliegen. Herausragend ist auch sein persönliches Engagement bei ethischen Themen. So hat Jens Beeck parteiübergreifend und federführend durchgesetzt, dass sich der Deutsche Bundestag in einer emotionalen Debatte mit den Folgen der Einführung nicht-invasiver Pränataltests befasst hat. Ich bin sehr dankbar für die vielen Gespräche mit Jens Beeck, die mich persönlich bereichern und mir in meiner Arbeit helfen; und dass wir beide große Hundefreunde sind, verbindet nochmals auf eine besondere Art.





# DIGITALNATIVE

## Mitsprache braucht neue Formen

Medienkompetenz als Schlüssel

Durch das Internet erleben wir in den letzten 15 Jahren eine grundlegende Verschiebung, die tiefgreifende Auswirkungen darauf hat, wie wir uns als Gesellschaft organisieren, welche Diskussionen wir führen und wie wir dies tun. Wir müssen darüber reden, wie wir mündig mit dem Internet umgehen. Wir müssen über Medienkompetenz reden.

Der Entwicklung der letzten Jahre stehen wir nicht hilflos gegenüber – im Gegenteil, wir haben es in der Hand, sie zu gestalten. Wenn wir verstehen, welche Mechanismen des Internets dazu führen, dass die Leugnung von Fakten und offensichtliche Lügen bei den Menschen verfangen, dann können wir diesen Prozessen bewusst etwas entgegensetzen.

Wenn selbst Fakten verhandelbar sind, dann wird die Lüge zur Wahrheit oder gar zum politischen Argument. Wohin das führt, lässt sich nicht nur jenseits des Atlantiks beobachten. Wenn wir mit diesen Auswirkungen digitaler Medien konfrontiert sind, ist klar: ein mündiger und kompetenter Umgang mit digitalen Medien ist der Schlüssel, um diese Entwicklung bewusst zu gestalten.

Unsere Demokratie lebt vom faktenbasierten, argumentativen Streit. Dieser Streit konfrontiert uns mit anderen Meinungen. Wir müssen diese nachvollziehen, gegenüber unseren eigenen Ansichten reflektieren und somit ein Gefühl dafür entwickeln, wie ein Kompromiss aussehen kann. Je besser wir streiten, umso besser können wir mit einem Kompromiss als Resultat des Streites leben. Aber dieser Prozess gerät zusehends aus den Fugen – so weit,

dass die Grenzen zwischen Fakten und Meinungen verwischen. Alles scheint zur Disposition zu stehen, alles scheint verhandelbar. Wie kommt es dazu?

Das Internet verführt dazu, per Mausklick den argumentativen Streit zu vermeiden und ausschließlich Bestätigung für die eigene Meinung zu suchen. Um diesen Zustand zu beschreiben gibt es die Begriffe der „Filterblase“ und der „Echokammer“. In der digitalen Blase filtere ich unliebsame Nachrichten und Meinungen einfach heraus. Und aus dieser „Filterblase“ schallen nur mich bestätigende Nachrichten und Meinungen zurück – wie in einer „Echokammer“.

Das verführerische an Filterblasen und Echokammern ist, zu glauben, die überwältigende Mehrheit meiner Mitmenschen denke so wie ich. Wenn wir online sind, können wir unbequeme Meinungen und Fakten einfach herausfiltern. Dadurch ist es im Grunde nur noch die offline-Welt, die uns weiterhin mit anderen Meinungen konfrontiert. Und wenn wir in der offline-Welt daran erinnert werden, empfinden wir diese anderen Meinungen schnell als Unverschämtheit. Denn unsere vorgefilterten, echokammerverstärkten, abschließenden Meinungen sind dann als „wahre Fakten“ gar nicht mehr verhandelbar. Alle anderen Meinungen müssen falsch sein: im besten Sinne sind die anderen ignorant, im schlechtesten Sinne versuchen „dunkle Mächte“, uns bewusst mit zu manipulieren. Der

Prozess des argumentativen Streits fehlt. Wir reflektieren nicht, wir vollziehen andere Standpunkte nicht nach – wir suchen gar nicht mehr nach Kompromissen. Der Kompromiss an sich wird zur Zumutung.

Doch Zuspruch und Ablehnung müssen im Internet keineswegs von anderen Menschen kommen. „Fake Profile“ und „Bots“ sind hier allgegenwärtig. Beide beinhalten das digitale Vorgaukeln von Menschen. Wenn ein Beitrag tausendmal geteilt wurde, dann heißt dies keineswegs, dass dahinter auch tausend Menschen stehen. Wenn ein Beitrag tausendmal „gefällt“, dann kann ein beträchtlicher Teil davon von automatisierten Bots stammen.

Der Schaden ist die dröhnende Sprachlosigkeit Andersdenkenden gegenüber. Warum sollte ich mit dem Nachbarn persönlich über Politik reden und mich eventuell einem Streit aussetzen? Ich weiß aus meiner Echokammer ja bereits, dass ich Recht habe und er Unrecht. Wir sind zerstritten wie kaum zuvor und verlernen dennoch zu streiten.

All diese Dinge sind menschengemacht. Sie sind keine Naturgewalten, denen wir ausgeliefert sind. Im Gegenteil: Es liegen große Chancen in der Digitalisierung und es gibt Grund zum Optimismus! Dazu müssen wir das Internet allerdings entmystifizieren.



Deswegen bin ich als Freier Demokrat der Meinung, dass wir vor allem zwei Dinge brauchen, unserer digitalen Umwelt mündig zu begegnen. Wir brauchen zeitgemäße politische Bildung in den Schulen, welche besonders auf Echokammern und Filterblasen eingeht. Wir brauchen politische Bildung, die den argumentativen und kontroversen Streit wieder betont und fördert. Wir müssen wieder klar machen: Andere Meinungen sind keine Zumutungen und unsere Mitmenschen lassen sich nicht einfach „wegfiltern“. Und wir müssen die Mystifizierung des Digitalen überwinden, indem wir eine wirksame Medienbildung mit dem Ziel der Medienkompetenz verfolgen.

Wir müssen den Entscheidern von Morgen – unseren Kindern – Techniken und Fertigkeiten an die Hand geben, nicht nur um Inhalte zu bewerten, sondern insbesondere auch um die Mechanismen dahinter zu verstehen.



JB

MSP

04

# TOGETHER

Gemeinsam sind wir stark

Staatsaufgaben gibt es auch für Liberale



# WIDERSTANDSKRAFT

## Alte Geister nicht neu beschwören

Infektionskrankheiten besiegen

Herdenimmunität. Dieses Wort ist mittlerweile in unserem Alltagsvokabular angekommen. Aber nicht erst seit Corona ist das Thema Impfen von großer Wichtigkeit. Denn Impfungen sind eine der größten Errungenschaften der modernen Medizin. Zu Beginn zwei Fakten: Die Kinderlähmung wurde so gut wie ausgerottet. Die Pocken sind seit 1980 ganz ausgerottet.

Von dieser Warte aus eröffnet der Umgang mit dem Corona-Virus eine große Chance. Denn selten zuvor war der Wunsch nach wirksamen Impfungen in der öffentlichen Debatte größer. Besorgniserregend sind die Stimmen der Impfskeptiker bis hin zu Verschwörungstheoretikern, die nicht nur die Wirksamkeit von Impfungen in Frage stellen, sondern teilweise sogar finstere Absichten obskurer Kräfte dahinter vermuten.

Besorgniserregend sind diese Stimmen vor allem, weil wir beim Impfschutz aufeinander angewiesen sind. Die Einsicht und das Verantwortungsgefühl jedes Einzelnen sind zentral für eine erfolgreiche Bekämpfung von vermeidbaren Infektionskrankheiten. Daher müssen wir aktiv für ein breites Verständnis und die Akzeptanz von Impfungen kämpfen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ist es von großer Wichtigkeit, für Impfungen zu werben. Denn sobald ein Impfschutz gegen das Covid-19 Virus vorhanden ist, hängen der Gesundheitsschutz und das Ende der wirtschaftlichen Einschränkungen maßgeblich an der Bereitschaft von uns allen, uns impfen zu lassen.

Die Versuchung ist groß, Impfskeptiker und Verschwörungstheoretiker als im besten Falle verschroben abzustempeln. Doch dieser



Versuchung müssen wir widerstehen und mit Fakten zur Wirksamkeit von Impfungen und Impferfolgen dagegenhalten. Als Freie Demokraten müssen wir an die Einsicht der Menschen appellieren. Als liberale Politiker sehen wir die Impfpflicht nur dann als geeignetes Mittel, wenn die Impfraten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf andere Weise nicht erreicht werden. Aber es ist für uns dennoch klar: Die Gesundheit unserer Kinder und der Kampf gegen vermeidbare Infektionskrankheiten müssen gefördert werden. Wenn wir dabei den Zwang vermeiden wollen, müssen wir Überzeugungsarbeit leisten und konsequent auf Falschmeldungen und Verschwörungstheorien mit harten Fakten richtigstellen.

Wir müssen an die Selbstverantwortung aller appellieren: Nur zusammen sind wir stark, nur als Herde werden wir immun.

# STÄRKUNG

## Soziale Strukturen für alle

Eine inklusive Gesellschaft muss unkompliziert sein

Den Menschen mehr in den Mittelpunkt stellen. Personenzentriertheit war das beherrschende Schlüsselwort bei der Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen in der letzten Wahlperiode. Zum 01.01.2020 traten viele der neuen Regelungen nun in Kraft und die Probleme waren groß, aber sie kamen nicht unvorhergesehen. Eine der gut gemeinten und schlecht umgesetzten Veränderungen im Sinne einer neuen Personenzentriertheit im neuen Bundesteilhabegesetz beschäftigte uns mehrere Monate intensiv. Die Leistungen werden gesplittet und hätten nun einerseits nach den Fachleistungen der Eingliederungshilfe und andererseits nach den Leistungen zum Lebensunterhalt berechnet und mit unterschiedlichen Steuersätzen abgerechnet werden müssen. Am kuriosen Beispiel des Mittagessens in einer Einrichtung wurde die Problematik deutlich, denn ein gemeinschaftliches Mittagessen

beinhaltet beides, die Möglichkeit zur Teilhabe und Kosten für den Lebensunterhalt. Der Einkauf der Zutaten und die Zubereitung des Essens hätten im Detail aufgeschlüsselt werden müssen, um sie steuerlich zuordnen zu können. Die Bundesregierung erkannte das Problem lange nicht an und schloss sich erst spät auf unser hartnäckiges und wiederholtes Nachfragen hin unserer Position an. Die Umsätze sind nun in Gänze von der Umsatzsteuer befreit. Das vereinfacht die Berechnung in den Einrichtungen, verringert die Bürokratie und hat vielen Bewohnerinnen und Bewohnern die Sorge vor Nachzahlungen genommen. Diese Klärung war dringend erforderlich und die Erleichterung ist sehr groß.

Das gilt auch für eine von uns auf den Weg gebrachte Klärung zu der Frage, wie der Anspruch auf Taschengeld, den sogenannten



Barbetrag, von den Bewohnerinnen und Bewohnern durchgesetzt werden kann. Die Trennung der Fachleistungen von den existenzsichernden Leistungen zum Lebensunterhalt bedeutet die Auflösung der an die Wohnform gekoppelten Versorgung. Das macht für die Bewohnerinnen und Bewohner einen Antrag auf Grundversicherung im Alter erforderlich, um die Mietkosten in der Einrichtung bezahlen zu können.

Es war das erklärte Ziel, dass den Menschen auch nach neuem Recht nach Abzug der laufenden Ausgaben für den Lebensunterhalt zumindest ein Teilbetrag des Regelsatzes als Bargeldleistung zur Verfügung stehen soll. Über die Höhe entscheidet die Gesamtplankonferenz, in der über den gesamten Bedarf und somit auch über die Höhe des Taschengeldes beraten wird. Ob das Geld bei den Menschen in ausreichender Höhe ankommt, werden wir weiter überprüfen müssen. Denn nur mit einem eigenen Barbetrag können sie weiter eigenständige Entscheidungen über kleine Anschaffungen treffen. Dies ist eine Frage der Menschenwürde, nicht nur im Alter und bei Behinderung.

Gemeinsames Handeln auf allen Ebenen ist unerlässlich.



## Kerstin Griese MdB

Parlamentarische Staatssekretärin  
beim Bundesminister für Arbeit und Soziales

“ Als für Inklusion zuständige Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Soziales arbeite ich gerne mit dem Kollegen Jens Beeck als teilhabepolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion zusammen. Gemeinsam engagieren wir uns für Menschen mit Behinderungen und für mehr Inklusion. ”

JB

MSP



# ZUKUNFTSMUSIK

## Unseren Kindern Chancen ermöglichen

Den Machern von Morgen

Carpe diem! Wohl dem, der Möglichkeiten hat, den Tag zu nutzen. Als Freie Demokraten sind wir uns einig: Erfolg nimmt im Individuum seinen Anfang.

Unsere Überzeugung ist, dass der eigenverantwortliche Mensch durch Einsatz und Leistung, durch das „Nutzen des Tages“ seine Potenziale freisetzen und verwirklichen kann. Wir sind der Überzeugung, dass Einsatz und Leistung sich auch lohnen müssen; verantwortliches Handeln sich selbst und anderen gegenüber birgt das Versprechen materieller und gesellschaftlicher Anerkennung.

Für uns Liberale bedeutet das, Chancen zu eröffnen. Denn wenn wir Leistung einfordern, um das Potenzial des Individuums zu verwirklichen, dann müssen wir als Gesellschaft dazu auch die Mög-

lichkeiten bereitstellen. Alles andere wäre zynisch.

Aus Sicht der Kinder- und Jugendpolitik heißt das, wenn wir gemeinsam in die Bildungschancen unserer Kinder investieren, investieren wir auch in die Grundlage für den Wohlstand von Morgen. Wenn wir erwarten, dass unsere Wirtschaft auch in Zukunft in der globalen Wissensökonomie Bestand hat, wenn wir auch in dreißig Jahren in einer liberalen, pluralistischen Demokratie leben wollen, dann müssen wir die Weichen dafür jetzt stellen. Wir müssen heute den Entscheidern von Morgen das bestmögliche Rüstzeug für ein Leben in Verantwortung sich selbst und anderen gegenüber mitgeben. Denn Bildungschancen sind Lebenschancen.

Im Zuge der derzeitigen Pandemie sind hier die Versäumnisse

der Regierung wie unter einem Brennglas offenbar geworden: Fachkräftemangel, desolate Infrastruktur und fehlende Ausstattung. Bestehende Strukturen, die die Regierung bislang vehement verteidigen, rächen sich nun in der Krise und bedürfen dringend eines Updates: Die Fördermittel des Digitalpakt Schule wurden und werden nur schleppend abgerufen, das ganze Verfahren ist viel zu kompliziert. Und hier sprechen wir noch nicht einmal von der viel größeren Baustelle fehlender IT- und Glasfaserinfrastruktur.

Ebenso deutlich wurden uns die Fehlanreize des sogenannten „Gute-Kita-Gesetzes“ vor Augen geführt: eine geschlossene Kita ist keine „gute“ Kita – auch wenn sie beitragsfrei ist.

Die Corona-Pandemie hat uns schonungslos gezeigt: Wir dürfen nicht länger die Chancen unserer Kinder verspielen.





## Sören Pellmann MdB

Sprecher für Inklusion und Teilhabe,  
Fraktion Die Linke.

” Jens Beeck ist ein Unterstützer, wenn es um die Belange von Menschen mit Behinderungen geht. Gemeinsam haben wir gewirkt und gestritten. Dabei war es egal, ob Wahlrecht, Barrierefreiheit, Teilhabe oder Inklusion zu besprechen war. In der Zusammenarbeit ein cooler, sachlicher und menschlicher Typ.



JB

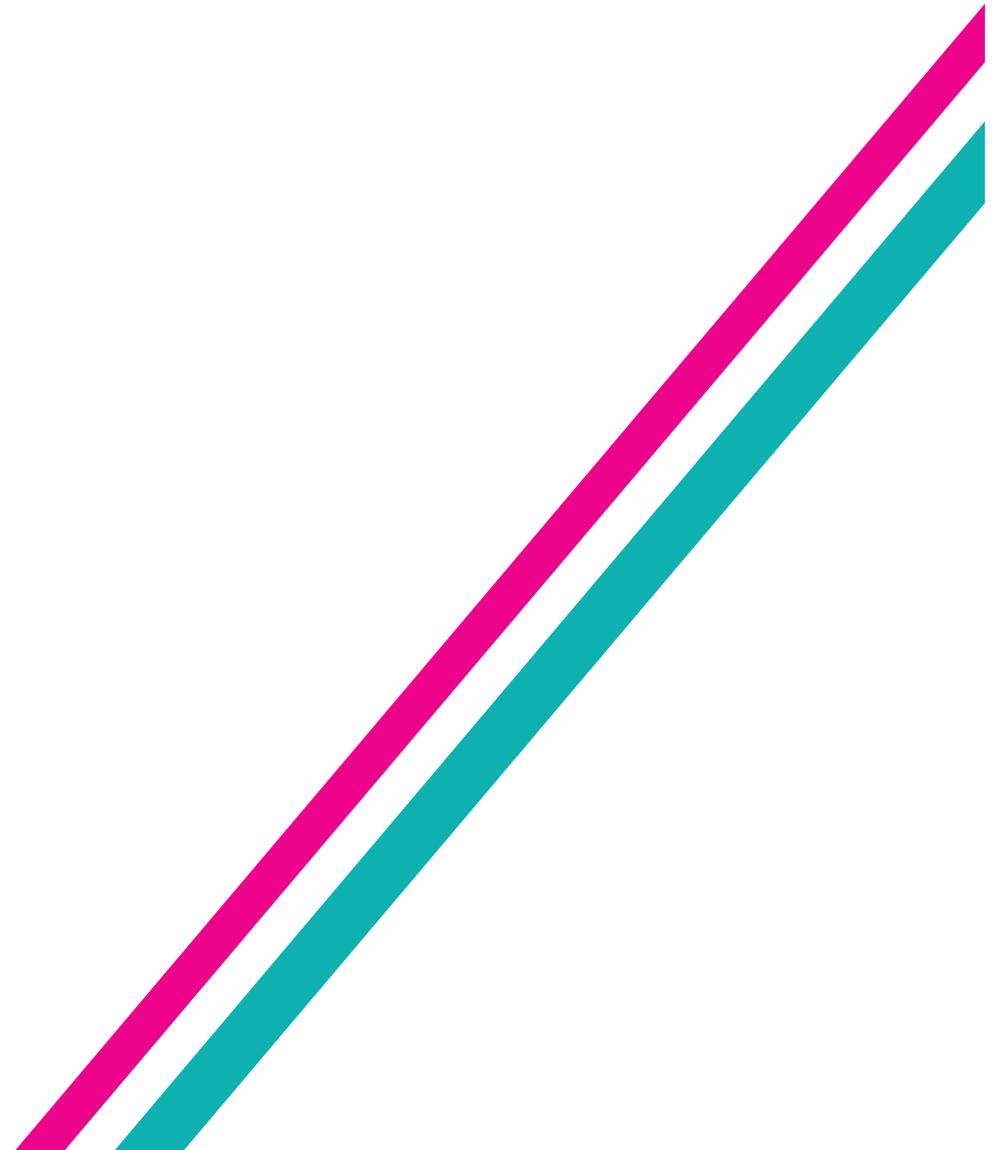
MSP

05

# EVERYBODY

Themen, die direkt betreffen

Politik für Dich



## Marco Graf

Hauptgeschäftsführer  
der IHK Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim

“ Wir arbeiten mit Leidenschaft für eine starke Region“, so lautet nicht nur das Leitbild unserer IHK. Genauso könnte man auch die Maxime des politischen Handels von Jens Beeck und Matthias Seestern-Pauly formulieren. Insofern verbindet uns dieses Ziel einer starken Region Osnabrück, Emsland und Grafschaft Bentheim. Hierfür sind beide Abgeordnete engagierte Fürsprecher auf der Bundesebene. In diesem Sinne blicken wir zur Hälfte der laufenden Wahlperiode bereits jetzt auf eine enge Zusammenarbeit zurück. Ich freue mich darauf, diese fortzusetzen.



JB

MSP



# EIGENHEIM

## Wohneigentum ist die beste Altersvorsorge

Entlasten statt Abzocke

Der demographische Wandel stellt auch unseren Sozialstaat und unser System der Altersversorgung auf die Probe. Als Freie Demokraten wollen wir, dass Menschen auch im Alter ein gutes Leben führen. Wir sind dabei der Überzeugung: Eigentum ist die beste Altersvorsorge. Doch trotz vieler Programme wie dem Baukindergeld ist die Wohneigentumsquote in Deutschland so niedrig wie in kaum einem anderen Land. Das zeigt: Die Politik der Bundesregierung ist gescheitert. Denn sie verliert sich - wie immer - in überbordender Bürokratie und vielen Regularien. Sie vergisst den Einzelnen.

Die Bürokratie kann dabei durchaus willkürlich sein. So beantragte ein Bürger aus der Grafschaft Bentheim im vergangenen Jahr das Baukindergeld, nachdem er den Kaufvertrag für sein Wohneigen-

tum unterzeichnet und die Finanzierung hierfür gesichert hatte. Doch zwischen dem Kauf und dem tatsächlichen Einzug, der Voraussetzung für die Beantragung des Baukindergeldes ist, wurden die Förderbedingungen durch Bundesinnenministerium und KfW geändert - ohne, dass Härtefallausnahmen zulässig waren. Wir finden: Auf diese Weise gewinnt man kein Vertrauen in die Politik.

Wir wollen es den Menschen tatsächlich leichter machen, ein Eigenheim zu erwerben. Dafür müssen dringend bürokratische Hürden genauso wie unkalkulierbare Risiken abgebaut werden. Unser Vorschlag: Ein unbürokratischer Steuerfreibetrag auf die Grunderwerbssteuer. Dieser kostet dasselbe wie das Baukindergeld, ist aber unbürokratisch umsetzbar. Vor allem aber werden bei einem Freibetrag Bürgerinnen und Bürger nicht vollkommen



willkürlich von einer Förderung ausgeschlossen, so wie dies in der Grafschaft Bentheim geschehen ist. Außerdem müssen die Straßenausbaubeiträge dringend abgeschafft werden. Denn wer kauft ein Haus, wenn er danach für die Sanierung der gesamten Straße zur Kasse gebeten wird?

Zur Krönung kehrt rot-rot-grün in Berlin zur Planwirtschaft zurück. Damit wird auch der letzte Investor vergrault. Dabei gibt es aus unserer Sicht nur eine Lösung gegen steigende Mieten und Wohnungsnot in Ballungsräumen: bauen, bauen, bauen.

JB

MSP



# ZEITENWANDEL

## Unsere Kinder digital alphabetisieren

Digitales Zeitalter braucht neue Fähigkeiten

Das einzig konstante in dieser Zeit ist der Wandel. Irreführend ist es hingegen, wenn vom Wandel hin zur digitalen Wirtschaft oder Gesellschaft die Rede ist. Denn die globalisierte Wirtschaft ist längst digital. Auch unsere gesellschaftliche und politische Meinungsbildung findet immer mehr im digitalen Raum statt. Der mündige Umgang mit digitalen Chancen und das grundlegende Verständnis digitaler Prozesse sind unerlässliches Rüstzeug für unsere Kinder. Wir müssen unser Versprechen einlösen, dass wir sie von der Kita an bestmöglich auf die Welt von Morgen vorbereiten.

Digitale Mündigkeit in Form von Medienkompetenz und Grundlagenverständnis sind längst Kulturtechnik geworden – wie Lesen, Schreiben und Rechnen auch. Unsere Aufgabe als Politik ist es nun, auf allen staatlichen Ebenen dafür zu sorgen, dass unsere

Kinder eben diese Kulturtechnik erlernen. Mit gut ausgestatteten Schulen, mit einer funktionierenden Infrastruktur und zeitgemäßen Bildungsinhalten müssen wir unsere Kinder digital alphabetisieren. Denn am Erfolg der nächsten Generation hängt die Zukunft des Standortes Europa.

Für uns ist klar: Wir müssen aufhören, die Digitalisierung als etwas Negatives zu begreifen. Vielmehr geht es jetzt mehr denn je darum, die richtigen Weichen zu stellen, um nicht bald schon im internationalen Vergleich abgehängt zu werden. Wir sind bereit, zu gestalten!

# PARTNERSCHAFTEN

## Partizipation braucht neue Formen

Kinderfragestunde kommt

In unserer liberalen Demokratie sind Mitreden und sich Einbringen selbstverständliche Grundrechte. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzen Möglichkeiten, sich zu engagieren: zum Beispiel im Ehrenamt vor Ort oder im Rahmen von Freiwilligendiensten in Deutschland, der EU und der Welt – oder natürlich in politischen Parteien.

Besonders für unsere Kinder und Jugendlichen lässt sich festhalten: Das Interesse an Politik ist stark ausgeprägt, ob in Sachen Umweltschutz oder freies Internet. Und eine Ungeduld und ein Unverständnis gegenüber den als zu langsam empfundenen Entscheidungsprozessen sind deutlich zu spüren.

Natürlich ist eine gewisse Ungeduld, eine gewisse Unruhe normal für die Jugend jeder Zeit, die mit den Hufen scharrt und etwas

bewegen will. Dennoch zeigen diese zwei Aspekte exemplarisch: Wir müssen das Potenzial einer politisch interessierten Jugend erkennen und nutzen. Wir müssen ebenso vermitteln, wie in unserem System des argumentativen Streits und des demokratischen Kompromisses Entscheidungen zu Stande kommen.

Dazu müssen wir den jungen Menschen Gelegenheiten eröffnen, politisches Engagement auf allen Ebenen kennenzulernen. So gibt es bereits erfolgreiche Formate, die es Jugendlichen ermöglichen, auch im Bund einen Einblick in die politischen Prozesse unseres Landes zu bekommen. Im Programm „Jugend und Parlament“ führen Jugendliche beispielsweise eine Sitzung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages durch – inklusive Verhandlungen, Reden und Gegenreden.



Das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) vergibt Stipendien für deutsche und US-amerikanische Schüler sowie junge Berufstätige, um ein Jahr im jeweils anderen Land zu leben. Dadurch leistet das PPP einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des deutsch-amerikanischen Verständnisses. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Kongresses unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten. In den letzten Jahren konnten wir bereits drei Stipendiaten des PPP-Programms unterstützen. Wenn es die Pandemielage zulässt, können wir im Januar nächsten Jahres zwei weiteren jungen Menschen aus den USA unser Land näher bringen.

In seiner Zeit als Vorsitzender der Kinderkommission konnte Matthias Seestern-Pauly eine wichtige Ergänzung für die Jüngeren erarbeitet und auf den Weg bringen: die Kinderfragestunde. In enger persönlicher Abstimmung mit dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Wolfgang Schäuble, werden derzeit die nötigen Schritte zur Umsetzung eingeleitet. Ziel ist, dass ein Mal im Jahr 10 Klassen der 7. und 8. Jahrgangsstufen aus den Bundesgebiet die Bundesregierung zu ihnen wichtigen Themen befragen können. Wir sind uns sicher: Mit dieser Ergänzung wecken wir Interesse und Verständnis für unsere politischen Entscheidungsprozesse.

Wir machen klar: „Die Politik“ ist nicht weit weg. Wer die Spielregeln kennt, kann mitmachen und wird gehört.

# UNTERSTÜTZUNG

## Nicht nur eine Frage des Geldes

Familien tatkräftig unterstützen

Familien sind der Kern unserer Gesellschaft und Familienangehörige nehmen eine hohe Verantwortung füreinander wahr. Dies sind ein wichtiges gesellschaftliches Gut und zugleich eine Er rungenschaft, auf die wir als Gesellschaft stolz sein können. Viele Menschen mit chronischen Krankheiten, mit Behinderungen oder mit Pflegebedarf können auf tatkräftige Unterstützung aus ihrem familiären Umfeld setzen. Dennoch stoßen viele Menschen und ihre Familienangehörigen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege an ihre Grenzen, auch finanziell.

Die Verantwortungsgemeinschaft geht so weit, dass hohe finanzielle Verpflichtungen zur Erfüllung der gesetzlich geregelten Einstandspflicht für Familienangehörige einhergehen können, die nicht im selben Haushalt leben. So müssen erwachsene Kinder für

die stationären Pflegekosten eines oder beider Elternteile aufkommen, wenn diese dazu nicht selbst in der Lage sind und staatliche Stellen daher in Vorleistung treten.

Die Einstandspflicht hat nur dann eindeutige Grenzen, wenn die eigene Versorgungssicherheit gefährdet ist. In Teilen der Sozialgesetzgebung existierten jedoch bisher unterschiedlich hohe Freigrenzen, die nicht mehr begründbar waren und zu ungerechtfertigter Ungleichbehandlung geführt hatten. So konnte es sein, dass erwachsene Kinder für die Pflegekosten ihrer Eltern in voller Höhe zur Kasse gebeten wurden und andere Familien bei Inanspruchnahme von Sozialleistungen nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII) eine Freigrenze von 100.000 Euro nutzen konnten.

JB

MSP



Wir haben befürwortet, diese Freigrenze in Höhe von 100.000 Euro auch in der Pflege und in der Behindertenhilfe einzuführen. Besonders wichtig war es uns, dass auch die Eltern von erwachsenen behinderten Kindern in der Eingliederungshilfe diese Erleichterung in Anspruch nehmen können.

Dringend notwendig sind steuerliche Entlastungen direkt für die Betroffenen. Die Mehrausgaben für Menschen mit Behinderungen sind enorm. Dazu gehören Aufwendungen wie beispielsweise für Heilmittel, bestimmte Lebensmittel oder technische Hilfsmittel aber auch unregelmäßig auftretende Kosten wie Fahrten zum Arzt oder Kosten für Umbaumaßnahmen in der Wohnung. Im Einkommensteuerrecht sind viele dieser Mehraufwendungen zu Recht steuerlich absetzbar. Zur Abgeltung dieser Kosten und auch beispielsweise für Pflegeaufwendungen gilt eine Sonderregelung im Einkommensteuergesetz sowie die Möglichkeit, an Stelle eines Einzelnachweises typisierende Pauschbeträge zu nutzen. Diese Pauschbeträge wurden 1975 eingeführt und seitdem nicht mehr erhöht.

Als Freie Demokraten sehen wir die eigenständige wirtschaftliche Sicherung von Arbeitnehmern als dringend geboten an. Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sind selten genug. Ihre behinderungsbedingte Mehraufwendungen sollten steuerlich besser geltend gemacht werden können, insbesonde-

re in Anbetracht der Preissteigerungen und neuen technischen Entwicklungen seit 1975. So haben sich die Preise für Medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen allein seit Beginn der 1990er Jahre mehr als verdoppelt. Dies gilt insbesondere auch für Therapeutische Geräte und Ausrüstungen. Die Preise hierfür sind im Zeitraum von 1991 bis 2019 um rund 90 Prozent gestiegen. Wir als Fraktion haben daher einen Antrag vorgelegt, um die Pauschbeträge für behinderungsbedingte Mehraufwendungen im Einkommensteuerrecht deutlich zu erhöhen und zu dynamisieren. Zudem müssen Menschen mit einem geringeren Grad der Behinderung leichteren Zugang zu den Pauschbeträgen erhalten.

Jeder Mensch zählt.



JB

MSP



# INKLUSIONSPARTNER

## Assistenzhunde sind mehr als Haustiere

Unkonventionelle Hilfe im Alltag

Der Hund muss draussen bleiben. Diese Regel gilt beispielsweise im Einzelhandel, solange es keine gesetzliche Regelung für eine offizielle Anerkennung von speziell ausgebildeten Assistenzhunden gibt. In Deutschland fehlt derzeit nicht nur die rechtliche Anerkennung, sondern auch die regelhafte Kostenübernahme durch die gesetzlichen Krankenkassen. Lediglich Blindenführhunde werden unter bestimmten engen Voraussetzungen für blinde oder sehbehinderte Menschen auf Antrag bewilligt. Der Blindenführhund ist dann - rein juristisch betrachtet - ein Hilfsmittel.

Diese gesetzliche Einschränkung auf Blindenführhunde verkennt, dass Hunde für Menschen mit Behinderungen, mit chronischen Krankheiten oder für Patienten mit seelischen Erkrankungen wichtige Helfer sein können. Wichtige Aufgaben werden von diesen

Assistenzhunden übernommen. Sie werden als Diabetikerwarnhund, als Epilepsiewarnhund, Asthmawarnhund oder auch bei Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) eingesetzt. Eine wichtige Rolle übernehmen Assistenzhunde auch für mobilitätseingeschränkte Menschen, indem sie Alltagsaufgaben wie Hilfe beim Aufstehen, beim Bringen von lebenswichtigen Medikamenten und Telefonen, beim Aufheben von Dingen oder Lichtanschalten erledigen. Bei Notfällen im häuslichen Umfeld können diese Hunde den Hausnotruf betätigen.

Die emotionale Bindung zwischen Patient und Hund hilft zudem gegen behinderungs- oder krankheitsbedingte Vereinsamung und seelische Folgeschäden. Die in vielen Einzelfällen bereits nachgewiesene Wirkung von speziell ausgebildeten Therapietieren



## Roswitha Warda

Pfotenpiloten e.V. – Stiftung Assistenzhund  
/Assistance Dog Foundation i.Gr.

“ Menschen wie Sie sind ein Geschenk für all diejenigen, die zur Zeit noch um einen gut ausgebildeten Assistenzhund kämpfen! ”



hilft vielen Menschen in Extremsituationen. Die tierischen Helfer werden zur Förderung von Kindern, zur Unterstützung im pädagogischen Bereich, in Arztpraxen und Krankenhäusern oder auch als sogenannte Besuchshunde in Einrichtungen der Pflege und der Behindertenhilfe mit großem Erfolg eingesetzt.

Selbstverständlich kostet die Ausbildung und die Haltung dieser Hunde viel Geld. Ihr Einsatz ist zudem mit großer Verantwortung verbunden. Daher ist es unerlässlich, die Ausbildung der Hunde zu zertifizieren, die Wirkung auf die Gesundheitsförderung und die finanziellen Be- und Entlastungen zu untersuchen und eine Finanzierung über die Krankenkassen anzustoßen. Wir haben in vielen Gesprächen mit unseren Gesundheitspolitikern und Finanzpolitikern eine gute Lösung gefunden. Als erste und bisher einzige Fraktion im Deutschen Bundestag hat die FDP einen Antrag eingebracht, in dem konkret die gesetzliche Anerkennung von Assistenzhunden, die modellhafte Einführung einer Finanzierung für bestimmte Krankheitsbilder, eine Evaluierung sowie die Zertifizierung der Ausbildung gefordert werden. Dieses wichtige Anliegen dient der Selbstbestimmung und individueller Eigenständigkeit der Menschen und verwirklicht den Anspruch, dem wir uns mit der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet haben.

Mensch und Hund im Team sind unschlagbar.



JB

MSP

06



# HOMELAND

Zwei Niedersachsen vor Ort

Regional stark bedeutet Politik für die Menschen

# PFLEGEKAMMER

## Zum Scheitern verurteilt

Große Koalition verkennt die eigentlichen Probleme

Die Corona-Krise hat uns beispielhaft vor Augen geführt, wie wichtig die Arbeit der vielen tausend Beschäftigten in der Kranken- und Altenpflege ist. Pflegerinnen und Pfleger sind systemrelevant, ohne sie würde unser gesamtes Gesundheitssystem kollabieren. Doch der Fachkräftemangel ist schon jetzt eklatant und der demographische Wandel verschärft ihn von Jahr zu Jahr noch weiter. So gerät unser System immer mehr unter Druck.

Für uns ist klar: Wir müssen Pflegekräfte stärken und dürfen ihnen keine Steine in den Weg legen. Das sieht die niedersächsische Landesregierung anders und hat ohne Rücksicht die Zwangsmitgliedschaft in der Pflegekammer eingeführt. Dies ist zu Recht auf großen Widerstand bei den Beschäftigten gestoßen. Denn die Befragung der Fachkräfte, ob sie die Pflegekammer überhaupt wol-

len, wurde erst ein Jahr später auf den Weg gebracht. Da hat rot-schwarz in Hannover mal wieder an den Menschen vorbei geplant.

Als Freie Demokraten haben wir die Pflegekammer von Beginn an abgelehnt. Denn auf die wirklichen Herausforderungen - Fachkräftemangel und demographischer Wandel - gibt sie keine Antwort. Vielmehr verspielt die Landesregierung durch die Zwangsmitgliedschaft das Vertrauen bei den Beschäftigten und macht die Arbeit als Fachkraft sogar noch unattraktiver. Auf diese Weise hat rot-schwarz ohne Not neue Probleme in der Pflege geschaffen.

Wir sind der Auffassung: Unterstützung für die wichtige Arbeit der vielen tausend Pflegerinnen und Pfleger in Niedersachsen sieht anders aus. Von Beginn an standen wir deshalb an der Seite der



Pflegerinnen und Pfleger und haben den Dialog mit ihnen gesucht. Wir haben gemeinsam mit verschiedenen Aktionsbündnissen und der FDP-Landtagsfraktion zu Diskussionsrunden eingeladen und Pflege-Demonstrationen in Hannover und ganz Niedersachsen mit organisiert. Unser Ziel war und ist klar: Die Zwangsmitgliedschaft in der Pflegekammer muss abgeschafft werden.

Noch immer ist das letzte Wort in der Causa Pflegekammer nicht gesprochen. Zwar werden die Mitglieder nun befragt - doch was Landesgesundheitsministerin Reimann an das Ergebnis macht, bleibt ungewiss. Für uns ist klar: Wir bleiben dran. Denn Pflegerinnen und Pfleger leisten Tag für Tag unglaubliches. Ihnen dürfen also nicht noch mehr Steine in den Weg gelegt werden.

## Dirk-Heinrich Heuer

stellv. Vorsitzender BFA Arbeit und Soziales

” Für uns bedeutet liberale Politik für Menschen mit Behinderung, dass wir als FDP aus Sicht der Betroffenen die Barrieren in den Köpfen der Nichtbehinderten abbauen. Oder wie ein Eisbrecher in der Arktis fungieren, wobei das dicke Packeis die Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen symbolisiert, welches Menschen mit Behinderung im Alltag daran hindert ein gleichberechtigtes Leben zu führen.





# ZUSAMMENLEBEN

## Generationen profitieren voneinander

Mehrgenerationenhäuser sind ein Erfolgsmodell

Gesellschaftlicher Zusammenhalt prägt unser Land. Die über 540 Mehrgenerationenhäuser sind der Ort, wo eben dieser Zusammenhalt über viele Generationen hinweg aktiv gelebt wird. Denn egal, ob junge Menschen sich ehrenamtlich in ihrer Freizeit einbringen und für ältere Menschen da sind oder ob ältere Menschen eine Betreuungsgruppe für kleine Kinder anbieten: Der Austausch der Generationen steht im Vordergrund.

Die vielen Mehrgenerationenhäuser, die wir in Niedersachsen bereits besuchen durften, setzen die unterschiedlichsten Schwerpunkte. Damit passen sie sich perfekt in die gesellschaftliche Struktur vor Ort ein. Von der psychosozialen Krebsberatung, die man bei der Interessengemeinschaft Gesundes Leben e.V. (IGEL) in Barnstorf findet, über den Integrationskurs für Geflüchtete, bis zu

Seniorencafés im Mehrgenerationenhaus Nordhorn sind die Mehrgenerationenhäuser so bunt wie unsere Gesellschaft. Doch eines haben sie alle gemein: Die Idee, dass Generationen voneinander profitieren und so unser Zusammenleben bereichern. Dieses Selbstverständnis teilen wir als Freie Demokraten voll und ganz.

Wir haben deshalb alle Mehrgenerationenhäuser in Deutschland angeschrieben und nach den Herausforderungen für die Arbeit vor Ort gefragt. Dabei wurde ein Problem immer wieder benannt: Seit Beginn der Förderung vor über zehn Jahren wurden die Bundesmittel nie angepasst. Doch Kosten für Mieten, Energie und auch Personal sind in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Die Fraktion der Freien Demokraten hat deshalb bereits im vergangenen Jahr gefordert, die Bundesmittel von bis zu 30.000 auf bis zu

40.000 Euro zu erhöhen. Glücklicherweise hat auch das Bundesfamilienministerium, das für die Mehrgenerationenhäuser zuständig ist, die Probleme erkannt und die Fördermittel erhöht. Damit stehen den Mehrgenerationenhäusern ab diesem Jahr nun bis zu 40.000 Euro pro Jahr zur Verfügung.

Das zeigt: Unsere Arbeit wirkt. Deshalb ist vollkommen klar, dass wir uns auch in der Zukunft weiter für eine Stärkung der Mehrgenerationenhäuser in Niedersachsen und in ganz Deutschland stark machen werden.



## Pfarrer Rüdiger Becker

Vorstandsvorsitzender und Direktor  
Evangelische Stiftung Neuerkerode

**||** Herr Jens Beeck ist in unserer Unternehmensgruppe Evangelische Stiftung Neuerkerode und im inklusiven Dorf Neuerkerode immer ein gern gesehener Gast. In der Begegnung mit ihm kann man seine Vorurteile revidieren, dass seine Partei sozialpolitisch nicht zu den Schwergewichten der Diskussion zählt. Mit ganz großer und tiefer Sachkenntnis ist Herr Beeck mir ein außerordentlich wichtiger Gesprächspartner geworden, der profund und detailliert über unseren Sozialstaat und seine Entwicklungen ausführen kann. So ein Mann ist ein Gewinn für jede Partei im Bundestag.



# NEUSTART

## Unsere Gesellschaft muss Zuflucht bieten

Frauenhaus als geschützter Raum

Häusliche Gewalt gehört zu den schrecklichsten Dingen, zu denen Menschen in unserer Gesellschaft imstande sind. Insbesondere Frauen leiden extrem unter der Gewalt und werden oft über Jahre und Jahrzehnte hinweg misshandelt. Auch wenn die öffentliche Wahrnehmung des Problems durch die Corona-Krise gestiegen ist, ändert dies wenig an der traurigen Realität der alltäglichen Gewalt in unserer Gesellschaft. Für uns ist deshalb klar: Wir müssen uns weiter mit aller Kraft gegen häusliche Gewalt stellen.

Umso beeindruckender ist der Einsatz der vielen haupt- und ehrenamtlich Tätigen wie der Frauen vom Sozialdienst katholischer Frauen in Lingen. Täglich engagieren sie sich, um Frauen in Not Beistand zu leisten. Frauenhäuser wie das des Sozialdienstes sind ein wichtiger Ort, um Frauen und Kindern einen geschützten Raum

zu bieten und sie so vor der Gewalt zu schützen. Vor Ort strebt man nun ein weiteres Projekt an. Im Rahmen eines sogenannten „Second-Stage“-Konzeptes soll ein Haus erworben werden, in dem Frauen und Kinder auch nach ihrer Zeit im Frauenhaus weiter leben können. Auf diese Weise soll ihnen ein Neustart, ein neues Leben ermöglicht werden. Bedauerlicherweise ist auch im Landkreis Osnabrück die Nachfrage nach Plätzen in Frauenhäusern gestiegen. Im vergangenen Jahr wurde deshalb das Frauenhaus des Landkreises Osnabrück in Bersenbrück richtigerweise um drei Zimmer erweitert.

Wir finden: Hut ab vor der Arbeit der vielen Haupt- und Ehrenamtlichen, die sich für die Frauen und Kinder einsetzen! Denn sie ist im wahrsten Sinne des Wortes Hilfe in letzter Not.



# NAHVERKEHR

## Öffentlicher Personennahverkehr verbindet Menschen

Mobilität entscheidend verbessern

Eine gute Infrastruktur besteht nicht nur aus der überregionalen Anbindung, sondern auch aus einer guten Vernetzung vor Ort. Denn der schnellste Fernzug nützt nichts, wenn die Anschlüsse in die Landkreise nicht erreicht werden. Vor Ort bestand deshalb die berechtigte Sorge, dass eben diese so wichtigen Anschlüsse mit der Einführung des ECx auf der Strecke von Amsterdam nach Berlin ab 2023 nicht mehr erreicht werden. Wir haben uns deshalb an die Bahn gewandt und gute Nachrichten: Der Knoten Rheine wird weiterhin angefahren, die Anschlüsse werden erreicht - zeitgleich verringert sich die Fahrtzeit auf der Strecke um eine halbe Stunde. Damit werden Emsland und Osnabrücker Land nachhaltig gestärkt.

Neben der Anbindung des Fernverkehrs an die Angebote vor Ort ist auch ein gut ausgebauter Nahverkehr essentiell für eine starke

Region. Der Ausbau bestehender Verbindungen und der Bau neuer Strecken sind deshalb unabdingbar, um auch künftig im Wettbewerb mit anderen Regionen in Deutschland und Europa bestehen zu können. Gerade aufgrund der Nähe zu den Niederlanden ist ein starker Standort mit einer starken Nahverkehrsinfrastruktur unerlässlich. Projekte wie die Inbetriebnahme der Bentheimer Eisenbahn auf der Strecke zwischen Bad Bentheim und Neuenhaus stehen beispielhaft dafür, wie gut unsere Region aufgestellt ist. Nun gilt es, diesen erfolgreichen Weg konsequent weiterzugehen.

Denn Mobilität ist Lebensqualität.

07



JB

MSP

Fraktion im Bundestag **FDP**

# BUREAUCRAZY

Wider der Einheitssauce

Liberales Kompetenz braucht das Land



# LANDWIRTSCHAFT

## Kulturlandschaft und ortsnahe Versorgung prägen Regionen

**Bauernproteste** zeigen Handlungsbedarf

Unsere niedersächsischen Kulturlandschaften entstammen einer jahrhundertelangen landwirtschaftlichen Tradition – ohne die Landwirtschaft hätten wir keine Kulturlandschaften. Doch die Landwirtschaft ist noch viel mehr: Sie ist die Verbindung zwischen Stadt und Land.

Anstatt diese Rolle zu würdigen, erwecken Politikerinnen und Politiker immer mehr den Eindruck, dass alle Menschen in Deutschland in Berlin-Mitte leben. Damit liegen sie aber falsch! Denn die Hälfte der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Genau diese Menschen sind es, die sich von der Politik in Berlin allein gelassen fühlen. Der ländliche Raum wird – aller Ankündigungen zum Trotz – schon lange vernachlässigt.

Über die Köpfe der Landwirte hinweg wurden Agrarpaket und Düngemittel-Verordnung durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht. Damit hat die Politik viel Vertrauen verspielt. Denn anstelle von nationalen Alleingängen braucht die Landwirtschaft dringend faire europäische Wettbewerbsbedingungen. Andernfalls wird dem Hauptanliegen – besserem Natur- und Artenschutz – kein Gefallen getan. Nationale Regelungen führen lediglich dazu, dass sich die Produktion von Deutschland hin in unsere europäischen Nachbarländer verlagert. Statt den Natur- und Artenschutz europaweit zu stärken schaffen wir auf diese Weise lediglich ein Konjunkturpaket für die ausländische Landwirtschaft.

Gerne wird außerdem vollkommen vergessen, dass die Landwirtschaft auch unsere ortsnahe Versorgung mit Lebensmitteln sicher-



stellt. Umso ambivalenter erscheint in diesem Zusammenhang der Kulturkampf gegen die deutschen Landwirtinnen und Landwirte. Denn wenn wir ihnen ihre Lebensgrundlage nehmen, dann nehmen wir uns auch unsere eigene. Ganz zu schweigen davon, dass dem Klimaschutz durch den Import ein Bärendienst erwiesen wird, wenn wir künftig auf mehr Lebensmittelimporte angewiesen sind.

Wir haben von Beginn an den Dialog mit den Landwirten gesucht und uns auch dann den Fragen gestellt, als es heiß herging. Denn wir sind davon überzeugt, dass man nur gemeinsam tragfähige Lösungen entwickeln kann. Diesen Weg wollen wir auch in Zukunft weitergehen. Als Freie Demokraten stehen wir an der Seite unserer Landwirte.

Es braucht Dialog und keine Politik vom grünen Tisch.

# ERMÖGLICHER

## Staat muss Chancen geben

Individuell fördern, bedeutet Begabungen zu nutzen

Der Bürger als Bittsteller oder der Staat als Ermöglicher? Für uns ist klar: Der Staat muss Ermöglicher sein! Das beginnt dort, wo Bürger auf Unterstützung angewiesen sind.

Das Problem lässt sich an einem Beispiel leider nur zu gut illustrieren: dem Kinderzuschlag. Der Kinderzuschlag ist eine Leistung, die berufstätigen Eltern zusteht, deren Verdienst nicht ausreicht, um das sächliche Existenzminimum ihrer Kinder sicherzustellen. Die Leistungsberechtigten sind oftmals Alleinerziehende. Dennoch liegt die Quote der Inanspruchnahme lediglich bei rund einem Drittel. Die Gründe sind derweil durch eine von der Bundesregierung geförderten Studie bekannt: Unkenntnis über die Leistung und hohe Bürokratielast.

Zur Einordnung der Bürokratielast: Das Merkblatt zur Beantragung des Kinderzuschlags ist 28 Seiten lang. Zur Einordnung in die Lebenswirklichkeit: Ein berufstätiger, alleinerziehender Vater kommt also von der Arbeit nach Hause, macht mit seinen Kindern Hausaufgaben, macht Abendessen; und wenn die Kinder im Bett sind, beginnt er 28 Seiten Merkblatt zu lesen? Für die Beantragung einer Leistung, die das Existenzminimum seiner Kinder sicherstellen soll? Das ist absurd.

Wo wir beim nächsten Problem sind: Wenn es hier um das sächliche Existenzminimum geht, warum muss ich davon Kenntnis haben, dass ich anspruchsberechtigt bin? Warum werde ich nicht automatisch darauf hingewiesen? Warum ist der Staat nicht Dienstleister? Dabei haben wir das Werkzeug, es besser zu ma-



chen, an der Hand: die Digitalisierung. Wir leisten uns derzeit einen Dschungel von über 150 verschiedenen ehe- und familienpolitischen Leistungen. Mit digitaler Vernetzung der Verwaltung wäre bereits viel gewonnen. Ziel muss sein, dass wir den derzeitigen Leistungsdschungel radikal entschlacken und zu einem proaktiven System kommen, in dem Leistungen übersichtlich und transparent bei den Berechtigten ankommen. Dem steht nichts entgegen, als fehlender Wille und der Mut, das Verhältnis von Bürgern und Staat neu zu denken.

Wenn Leistungen automatisch bei Berechtigten ankommen, dann muss der Bürger nicht mehr als Bittsteller auftreten. 28 Seiten Merkblatt sind auch eine Form der Machtausübung des Staates gegenüber dem Bürger. Unser Anspruch muss es sein, die Digitalisierung als Werkzeug zu nutzen, um den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Das bedeutet automatisch erfüllte, transparente Leistungsansprüche fördern. Das bedeutet den Staat als Dienstleister ermöglichen und den Bürger aus der Rolle des Bittstellers holen. Mit der Digitalisierung als Werkzeug und dem Menschen im Mittelpunkt müssen wir mutig vorgehen.

Wir müssen den Staat als Ermöglicher neu denken.



## Thomas Uhlen

Landessekretär Caritas Niedersachsen

“ Unser Sozialstaat braucht mehr Bürgernähe. Erst dann kann er seine Wirkung entfalten. Danke, lieber Matthias, dass Du Dich dafür stark machst, dass der Kinderzuschlag alle erreicht, denen er zusteht! Wir dürfen die Ansprüche von Bedürftigen nicht in Bürokratie ersticken!

## Dr. Sigrid Arnade

Geschäftsführerin a. D. ISL e. V.

„Lieber Jens Beeck, für die Diskussionen und Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre, die ich immer als engagiert und sachorientiert erlebt habe, möchte ich mich herzlich bedanken! Ich hoffe, dass das Thema Behinderung für Sie nicht nur als Sprungbrett für die weitere Parteikarriere diene, sondern dass Sie sich auch weiterhin für behinderte Menschen stark machen. Außerdem möchte ich Sie ermutigen, sich auch in Zukunft über Parteigrenzen hinweg für die Realisierung der Menschenrechte aller Bürger\*innen mit und ohne Behinderungen einzusetzen.“



# ENTLASTEN

## Bürokratie abbauen und Steuern senken

Solidaritätszuschlag komplett streichen

Das Versprechen der CDU war groß: Der Solidaritätszuschlag soll komplett wegfallen. Eingehalten wurde es aber bis heute nicht. Stattdessen hat man sich mit der SPD auf eine Mogelpackung geeinigt: Der Soli wird - obwohl verfassungswidrig - weitergezahlt und ab dem kommenden Jahr zu einer „Reichensteuer“ durch die Hintertür. Damit bestrafen wir vor allem Hochqualifizierte und die mittelständische Wirtschaft. Wirklich gerechte Politik sieht anders aus.

Wir sind der Überzeugung, dass es endlich wirksame Entlastungen für den Mittelstand braucht. Gerade in der aktuellen Zeit, in der die Corona-Krise und ihre Auswirkungen noch lange anzuhalten drohen, müssen die Menschen vor Ort endlich entlastet werden. Nur so kann es uns gelingen, die Binnennachfrage zu stärken und

damit auch unsere Wirtschaft vor Ort zu unterstützen. Als Fraktion der Freien Demokraten setzen wir uns deshalb mit Nachdruck dafür ein, dass der Soli endlich vollständig abgeschafft wird – und zwar rückwirkend zum 1. Januar 2020. Deshalb ziehen wir im Herbst auch vor das Bundesverfassungsgericht, um gegen die Teilabschaffung des Solis zu klagen.

Doch nicht nur der Soli belastet den deutschen Mittelstand. Wegen des Mittelstandsbauchs bleibt gerade bei kleinen und mittleren Einkommen am Ende häufig nicht einmal die Hälfte übrig. Wir finden: Das kann nicht sein! Als Fraktion der Freien Demokraten wollen wir deshalb den zweiten Tarifeckwert der Einkommensteuer um 1.000 Euro nach rechts verschieben. Damit entlasten wir die arbeitende Mitte unserer Gesellschaft. Verdient hat sie es allemal.

JB

MSP



Bei Entlastungen geht es aber nicht nur um die Abgabenlast, die ein jeder zu schultern hat. Denn in Deutschland sind wir nicht nur internationaler Vorreiter bei der Besteuerung, wir sind es auch bei der Bürokratie. Egal, ob Weltkonzern oder das mittelständische Unternehmen vor Ort: Aufzeichnungspflichten und Antragsformulare kosten viel Zeit - und damit viel Geld. Wir finden: Damit muss Schluss sein.

Für uns ist klar: Wir müssen unsere Wirtschaft entfesseln und den Mittelstand entlasten. Deshalb müssen Soli und Mittelstandsbauch genauso der Vergangenheit angehören wie unnötige Bürokratie.

Hierfür machen wir uns weiter stark.

# BONPFLICHT

## Ohne Sinn und Verstand

Verwaltungsmonster darf nicht überleben

Unternehmen in Deutschland ächzen unter großen Lasten. Neben der finanziellen Belastung sind es vor allem unnötige Vorschriften und ein Bürokratiedschungel, die bei kleinen wie großen Betrieben gleichermaßen auf großes Unverständnis stoßen. Denn dauerhaft sind Bürokratiekosten und Regelungsübermut ein erheblicher Standortnachteil. Doch anstatt den so dringend nötigen Bürokratieabbau voranzutreiben, überlegt sich die Große Koalition regelmäßig neue Bürokratiemonster.

Jüngster Ausfluss ist die sogenannte „Bon-Pflicht“, die zu Beginn des Jahres von SPD-Finanzminister Scholz gegen den ausdrücklichen Willen seines Koalitionspartners eingeführt wurde. Das Ergebnis kennen wir alle: kilometerlange Kassenzettel, die uns beim Bäcker bereits vor der Tür entgegengekommen sind. Der

erwartete Papierverbrauch: 12,5-facher Erdumfang. Neben der bürokratischen Last für die Unternehmen vor Ort waren und sind die ökologischen Auswirkungen der „Bon-Pflicht“ somit verheerend. Denn das für Kassensbons genutzte Papier kann aufgrund seiner speziellen Beschichtung nicht im Papiermüll entsorgt und somit auch nicht recycelt werden.

Was in der Theorie als wirksames Mittel gegen Steuerhinterziehung angedacht war und als solches auch angepriesen wurde, erwies sich in der Praxis als absolut untauglich. Hinzu kommt: Durch die Einführung der „Bon-Pflicht“ wurden alle betroffenen Betriebe unter den Generalverdacht der Steuerhinterziehung gestellt. Denn anders lässt sich ein derart bürokratisches und umweltschädliches Verhalten vonseiten des SPD-Bundesfinanzministers nicht erklä-



ren. Das von den Unternehmen angeführte Argument, durch elektronische Kassen sei eine Steuerhinterziehung ohnehin unmöglich, wurde dabei einfach übergangen. Wir finden: Das geht gar nicht!

Als Liberale sind wir davon überzeugt: Unternehmen müssen entlastet werden. Der Bürokratiewahnsinn der „Bon-Pflicht“ muss deshalb schnellstmöglich beendet werden.



JB

MSP



# BESTPRACTICE

Wir wollen besser werden

Über den Tellerrand schauen

# HENRYREEVE

## Ausbildung ist das wahre Kapital einer Gesellschaft, Kuba macht es vor

Ärztemangel muss strukturell gelöst werden

Die kubanische Regierung sieht Bildung als Schlüssel zur nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung. Egal, ob Kindergarten oder Promotion – die Nutzung von Bildungseinrichtungen ist für Kubanerinnen und Kubaner kostenfrei. Mit knapp 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) investiert der kubanische Staat so viel in Bildung, wie sonst kein anderes Land weltweit. Zum Vergleich: Deutschland investiert 4,3 Prozent des BIP in Bildung. Die Alphabetisierungsquote liegt bei 99,8 Prozent und ist damit die höchste in Lateinamerika, die Einschulungsquote liegt bei 100 Prozent. Damit ist Kuba das einzige Land in Lateinamerika, das die Ziele des UNESCO-Programms „Education for All“ erreicht hat.

Dieses Engagement zahlt sich besonders in der Gesundheitsversorgung aus: Mit acht Ärzten pro 1000 Einwohner führt der Kari-

bikstaat die Liste der Länder nach Ärztedichte an. In Deutschland haben wir vier Ärzte pro 1.000 Einwohner. Kubas Gesundheitssystem ist längst ein Aushängeschild und ihr medizinisches Personal ein Exportschlager. Mit der auf Katastrophensituationen und schwere Epidemien spezialisierten Henry Reeve Brigade entsendet Kuba schon seit Jahrzehnten medizinisches Personal ins Ausland. Seit 1963 sind über die internationale medizinische Zusammenarbeit mehr als 400.000 Kubaner in 164 Länder geschickt worden. Allein 2019 haben 28.000 medizinische Fachkräfte dieser Brigade in 61 Ländern weltweit akute Katastrophenhilfe geleistet, unter anderem nach den Erdbeben in Haiti in den Jahren 2010 und 2016, in Nepal 2015 und Ecuador im Jahr 2016; auch stellten sie mit über 450 kubanischen Ärzten den größten ausländischen Einzelbeitrag im Kampf gegen die Ebola-Epidemie in Westafrika. Ihr Engage-



ment im globalen Kampf gegen das Corona-Virus sticht besonders hervor: Seit Anfang der Pandemie war die Mediziner-Brigade in 35 besonders betroffenen Ländern auf vier Kontinenten im Einsatz – auch europäische Länder nahmen die Hilfe Kubas bei der Krisenbewältigung in Anspruch.

Diese Vorbildfunktion gilt leider nicht für die Einhaltung von Menschenrechten. Trotz Verfassungsänderung im letzten Jahr werden persönliche Rechte und Freiheiten der Kubanerinnen und Kubaner noch eingeschränkt.

Selbst wenn Deutschland in der Corona-Pandemie bisher glimpflich davon gekommen ist, wurde gerade während des Lockdowns der Mangel an Medizinerinnen sichtbar. Insbesondere in Niedersachsen stehen wir vor einem Problem: Hier ist die Versorgung mit Hausärzten im Bundesvergleich am schlechtesten. Schon jetzt gehen hier weitaus mehr Ärzte in den Ruhestand, als Medizinstudierende ihr Examen ablegen. Diesen Mangel müssen wir ernst nehmen und schnellstmöglich Ressourcen bereitstellen, damit mehr junge Menschen die Möglichkeit haben, eine medizinische Ausbildung zu absolvieren.

Globales Engagement in akuten Gesundheitskrisen ist entscheidend!

# AUSTAUSCH

## Bund-Länder-Meeting etabliert

Sozialpolitik vernetzt sich

Die Vielfalt der sozialpolitischen Themen ist groß; sie reicht von Politik für Menschen mit Behinderung, Pflege und Gesundheit über arbeitsmarkt- und familienpolitische Schnittmengen bis hin zu finanzpolitischen Aspekten der Sozialpolitik. Viele Menschen engagieren sich in unserer Partei in der Sozialpolitik. Sie tun dies aus Interesse, weil sie ehrenamtlich tätig sind, aus persönlicher oder familiärer Betroffenheit, weil sie beruflichen Bezug haben, schlicht aus Überzeugung oder weil sie als Mandatsträger in diesem Bereich tätig sind.

Diese Fachexpertise zu bündeln, ist stets lohnenswert und bringt verschiedene Sichtweisen und Argumente zusammen. Gleich zu Beginn der Wahlperiode haben wir das neue Format eines Bund-Länder-Austauschs ins Leben gerufen und ermöglichen da-

mit eine bessere und direkte Vernetzung unserer Experten in allen Landesverbänden. Um die Reichweite zu erhöhen, wurde später eine Ankopplung an die AG Soziales der Fraktionsvorsitzendenkonferenz beschlossen.

Bereits fünfmal haben wir uns im Rahmen dieses Bund-Länder-Meetings/AG Soziales FraVoKo in Berlin getroffen bzw. coronabedingt virtuell ausgetauscht. Die teilnehmenden Parteimitglieder arbeiten bereits in den Landesfachausschüssen, im Bundesfachausschuss sowie in den Parlamenten und Fraktionen zu all diesen fachpolitischen Themen. Eingeladen sind Vertreter aus allen Bundesländern und aus allen Landesverbänden.

Der enge Austausch ermöglicht qualifizierte Positionierungen und

JB

MSP



stößt wichtige parlamentarische Initiativen in Bund und in den Ländern an. Dauerbrenner sind die Reformstufen des Bundesteilhabegesetzes und dessen Umsetzung in den Ländern, das Intensivpflege- und Rehabilitationsgesetz (IPreG) oder auch die Erreichung von Barrierefreiheit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Auch länderspezifische und durchaus unterschiedliche regionale Sichtweisen kommen zur Sprache. Ziel ist es, gemeinsame Sprachregelungen und Positionierungen zu finden. Dazu werden zur Meinungsbildung auch weitergehende Abfragen in den Ländern initiiert.

Wir tagen mindestens zweimal im Jahr und erweitern auch unsere sozialpolitische Themenbreite um aktuelle Ereignisse wie die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Einrichtungen der Altenpflege und Behindertenhilfe. Eines ist sicher: Die Themen gehen uns nicht aus.

Die starke Beteiligung der Niedersachsen auch in diesem Format unterstreicht einmal mehr, wofür insbesondere wir Freien Demokraten in Niedersachsen glaubwürdig stehen: Liebe zur Freiheit und Sozialpolitik sind keine Gegensätze – sie bedingen einander vielmehr.

Das erfolgreiche Format stärkt unsere Schlagkraft.

## Dr. Peter Sdorra

Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten  
Richterinnen und Richter des Landes Berlin

” Herr Beeck hat sich in kurzer Zeit zu einem allseits geschätzten, kompetenten Gesprächspartner im Bereich Inklusion und Barrierefreiheit „gemausert“. Er kennt weder Berührungängste noch Scheuklappen, sondern entwickelt auch selbst innovative Gedanken, die Menschen mit Behinderung ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben ermöglichen!



JB

MSP

# WAHLALTER

## Gesellschaftlicher Wandel stärkt die Demokratie

Freie Demokraten machen es vor

Die Debatte um die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist auch in dieser Wahlperiode aktuell. Wir sind der Ansicht: 16-Jährige haben die Reife, an Bundestagswahlen teilzunehmen und sollten das aktive Wahlrecht erhalten.

So ist das Wahlrecht ab 16 auf kommunaler und auf Landesebene in verschiedenen Bundesländern bereits umgesetzt, ohne dass ersichtlich wäre, dass für eine solche Wahl „weniger Verständnis“ vonnöten wäre als für eine Bundestagswahl. Die Verantwortung einer Stimmabgabe bei Kommunal- oder Landtagswahlen ist nicht „weniger wichtig“ als Wahlen auf Bundesebene. Denn die Auswirkungen kommunaler Politik und der Politik der Bundesländer sind auch nicht „gering“. Daher finden wir es nur folgerichtig, dass auch die FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag einen Antrag zur

Senkung des Wahlalters für die niedersächsischen Landtagswahlen eingebracht hat. Es wäre nur konsequent, in diesem Sinne auch die Teilnahme an Bundestagswahlen zu ermöglichen.

Aber auch mit Blick auf unsere eigene Partei gilt: Mit 16 Jahren kann man Mitglied der Freien Demokraten werden und unseren Bundesvorsitzenden wählen. Somit gestalten auch 16-Jährige den bundespolitischen Prozess der Meinungsbildung in Parteien bereits mit. Anschließend darf diese Altersgruppe aber die Partei, deren Mitglied sie ist und deren Vorsitz sie mitgewählt hat, nicht bei der Bundestagswahl wählen, mit dem Argument, die Reife fehle. Dies ist für uns nicht schlüssig. Aus unserer Sicht bestätigt es sich nicht, dass 16-Jährige noch zu unreif für eine Parteimitgliedschaft und dadurch auch für das Mitgestalten von Bundespolitik sind.

Es gibt keine grundgesetzlichen oder anders grundlegenden juristischen Vorgaben, die eine Festlegung des aktiven Wahlrechts auf 18 Jahre sowie eine Koppelung an die Volljährigkeit bedingen. Daher ist die Entscheidung, ob 16-Jährigen die intellektuelle Reife für eine Wahlentscheidung zugesprochen werden kann, eine rein politische Frage. Diese politische Entscheidung treffen wir, aufgrund von Erfahrungen aus der Praxis unserer eigenen Partei sowie aufgrund genereller Überlegungen der Gleichbehandlung im Lichte bereits geltenden kommunalen und Landeswahlrechtes, im Sinne der 16- bis 18-Jährigen.

Vor diesem Hintergrund sehen wir das aktive Wahlrecht ab 16 daher positiv, auch wenn dies nicht das passive Wahlrecht umfasst. Denn auch die Frage des passiven Wahlrechts ist in diesem Sinne eine politische – und an dieser Stelle gelangen auch wir zu dem Schluss, dass hier die Altersgrenze von 18 Jahren angemessen bleibt. Denn die für die Ausübung eines Amtes erforderliche soziale Reife ist eine faktische Grundlage, die wir in Bezug auf das passive Wahlrecht anerkennen.

Aus diesen Gründen sind wir der Auffassung, dass die Altersgrenze für das aktive, jedoch nicht für das passive Wahlrecht für Bundestagswahlen auf 16 Jahre gesenkt werden sollte.

Es braucht auch hier Mut zur Veränderung.





## Tim Ellmer

Geschäftsführer Verbund sozialer Dienste gGmbH

” Insbesondere Ihre fachpolitische Haltung bei Ihrer Unterstützung der gemeinnützigen Familienerholung und der Erhaltung & Verbesserung von regionalen Strukturen sowie Ihre kritische Haltung zum „Gute Kita Gesetz“ motiviert uns, die Qualität der Sozialen Arbeit weiter zu entwickeln und immer bessere Strukturen für unsere Gesellschaft zu schaffen. Soziale Arbeit ist durch die Gesellschaft geprägt. Sie, Herr Seestern-Pauly, schaffen es auf eine besondere Weise, die praktischen Notwendigkeiten sozialer Arbeit mit dem politischen Handeln zu kombinieren.

# SCHNÜFFELHUNDE

## Neue Wege braucht das Land

Bundeswehr als Vorreiter

Wir haben in Deutschland mit vielen Maßnahmen und dank des von Prof. Drosten, einem gebürtigen Emsländer, entwickelten PCR-Tests die erste Welle der Coronapandemie vergleichsweise gut gemeistert. Viele Menschen sehnen sich nach Normalität und wünschen sich schlichtweg das frühere Alltagsleben zurück. Daher war es nicht verwunderlich, dass die Idee, ausgebildete Hunde bei der Coronabekämpfung einzusetzen, zunächst belächelt wurde. Wir Freie Demokraten wurden schon früh auf internationale Studien aufmerksam und haben als erste Fraktion im Bundestag diesen neuen Forschungsbereich thematisiert. Hunde haben aufgrund ihres außergewöhnlichen Geruchssinns die Fähigkeit, Stoffwechselprodukte, chemische Verbindungen bis hin zu Tumorzellen zu riechen. Lange war es unklar, ob auch der Coronavirus SARS-CoV-2 einen eigenen Geruch hat oder auf welchen Geruch

Hunde reagieren. Experten sehen jedoch eine realistische Möglichkeit, innerhalb von kürzester Zeit bereits erfahrene Spürhunde auf diesen neuen Geruch hin zu trainieren. Die Diensthundeschule der Bundeswehr hat mit der Tierärztlichen Hochschule Hannover ein erstes Forschungsprojekt initiiert. Die Forschungsergebnisse sind vielversprechend.

Durch die zunehmenden wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Gefährlichkeit von Aerosolen und die vermehrt clusterartigen Infektionsereignisse zeigt sich, dass wir alle Methoden zur Eindämmung der Infektionsherde nutzen müssen, die uns zur Verfügung stehen. Gerade durch Reisetätigkeit und die Wiederherstellung der Freizügigkeit sind Engpässe und Testbedarf zum Beispiel an Flughäfen offensichtlich. Auch in Einrichtungen der Altenpflege



oder in der Behindertenhilfe, in Kitas oder Schulen wird in noch auf längere Zeit hin Bedarf bestehen. Mit Hilfe der Hunde könnten in kürzester Zeit viele Menschen auf Covid19 überprüft werden.

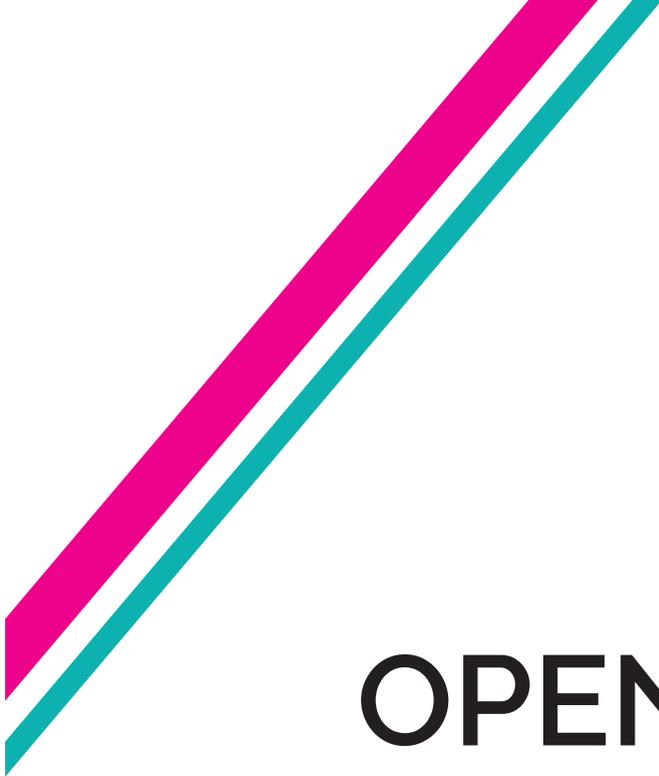
Hier zeigt sich, wer die Freiheit der Gedanken und die Freiheit der Forschung unterstützt, erhält ungeahnte und unkonventionelle Möglichkeiten. Wir sollten sie nutzen.



JB

MSP

09



# OPENMIND

Zukunft gestalten

Chancen anpacken

# VERANTWORTUNG

## Flüchtlingskinder nicht ignorieren

Perspektive geben

Migration ist eine der großen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Laut dem UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR waren Ende 2019 weltweit 79,5 Millionen Menschen auf der Flucht.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Um dieser Herausforderung auf menschliche und geordnete Weise reagieren zu können, brauchen wir endlich ein Zuwanderungsgesetz. Wir müssen endlich die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Zuwanderung ins 21. Jahrhundert holen. Nur so können wir auf der einen Seite unseren internationalen humanitären Verpflichtungen gerecht werden. Auf der anderen Seite ist ein Zuwanderungsgesetz für den Wirtschaftsstandort Deutschland unerlässlich: Wir brauchen dringende qualifizierte Fachkräfte und befinden uns im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe.

Doch dabei dürfen wir nicht vergessen: 40% der Vertriebenen weltweit sind laut UNHCR Kinder unter 18 Jahren.

Wenn der bestmögliche Zugang unserer Kinder zu Bildungschancen und Teilhabe umtreibt, dann kann der Anblick von flüchtenden Kindern nicht kalt lassen. Kinder tragen keine Schuld an den Umständen, in die sie hineingeboren wurden. Kinder beginnen keine Kriege. Als Freie Demokraten muss für uns unzweideutig gelten: Kinder müssen in unserem Land die bestmögliche Unterstützung erfahren, um sich zu entwickeln und ihre Potenziale zu entfalten. Jedes Kind birgt das Potenzial einer Biographie des Engagements und des Einsatzes für sich und andere.

Für unbegleitete Minderjährige, die vor Gewalt und Krieg fliehen,



tragen wir dabei eine besondere Verantwortung. Diese Kinder haben teilweise Unsägliches durchmachen müssen. Sie haben Leid und Hilflosigkeit auf erschreckende Weise erfahren müssen. Diese Kinder haben Erlebnisse machen müssen, die drohen, ihnen den Glauben an eine bessere Zukunft zu zerstören.  
Zuwanderungsgesetz und klare Regeln

Als Freie Demokraten steht für uns der Mensch im Mittelpunkt. Die feste Überzeugung, dass jeder Mensch mit Einsatz und Leistung sein Potenzial verwirklichen kann, ist für uns fundamental. Kinder, die dem Krieg entfliehen und ohne die Begleitung von Erwachsenen bei uns Schutz suchen, müssen mit unserer Unterstützung rechnen können. Wir müssen ihnen über Bildung und Sprachkompetenzen den Schlüssel zu unserer Gesellschaft geben, damit sie sich entfalten und zu unser aller Wohl einbringen können. Wir schulden es den betroffenen Kindern, dass wir Lebenschancen eröffnen und Perspektiven geben.

Es sollte auch unser Anspruch an uns selbst sein.

## Luise Pfütze

SOS-Kinderdorf e.V.

“ Lieber Herr Seestern-Pauly, in den vergangenen zwei Jahren hatte ich vielfältige Gelegenheit zum fachlichen Austausch und zu erkenntnisreichen Gesprächen mit Ihnen. Ob beim Parlamentarischen Abend von SOS-Kinderdorf zum Thema „Umsetzung von Kinderrechten im Alltag“, bei zahlreichen Fachveranstaltungen, im Rahmen der Kinderkommission, oder Ihrem Besuch im SOS-Kinderdorf Berlin. Ihr Interesse an der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe sowie Ihr pädagogischer Hintergrund als Lehrer machen Sie für uns zu einem wichtigen Gesprächspartner in der Politik. Wir von SOS-Kinderdorf freuen uns darauf, uns gemeinsam mit Ihnen auch weiterhin für bessere Bildungschancen für alle Kinder, die Stärkung von Kinderrechten sowie kinder- und familienfreundliche Rahmenbedingungen in Politik und Gesellschaft einzusetzen!



JB

MSP



# STRUKTURERHALT

## soziale Strukturen unterstützen

Die **Schwächsten** nicht alleine lassen

Die Corona-Krise wirkt sich massiv auf uns aus. Jede und jeder von uns wird dabei auf ganz individuelle Weise von den Auswirkungen der Coronakrise getroffen. Viele Bürger haben tagtäglich die Informationen des Robert-Koch-Institutes und anderer Behörden verfolgt. Selbstverständlich mit eingeschaltetem Ton. Viele gehörlose Menschen waren gerade zu Beginn der Pandemie verunsichert, da bei den Live-Presskonferenzen keine Gebärdensprachdolmetscher anwesend waren. Wir haben bereits im März den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern bei allen offiziellen Pressestatements gefordert. Vieles hat sich seitdem verbessert.

Trotz aller wichtigen Maßnahmen sind Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen, die Pflegenden ebenso wie soziale Einrichtungen viel zu lange alleine gelassen worden. Viele Menschen

mit Behinderungen sind gemäß den Risikoeinschätzungen des Robert-Koch-Instituts besonders durch das Coronavirus SARS-CoV-2 gefährdet. Mit dem Betretungsverbot sind viele tagesstrukturierende und der beruflichen Rehabilitation dienende Angebote wie solche in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen weggefallen. Gleiches galt für die Angebote der Interdisziplinären Frühförderung und bei der gesundheitlichen Versorgung in Medizinischen Behandlungszentren für Erwachsene mit geistiger Behinderung und in Sozialpädiatrische Zentren für Kinder und Jugendliche, die zeitweise nur telefonische Beratung anbieten konnten. Durch die Schließung der Förderschulen und anderer Einrichtungen konnten viele Eltern älterer Kinder ihren Anforderungen am Arbeitsplatz nicht gerecht werden, aber erhielten keine finanziellen Hilfen wie andere Eltern. In den Einrichtungen ist der Betreuungsbedarf

tagsüber massiv angewachsen, da die Menschen nicht mehr in die Werkstätten zur Arbeit durften. Hinzu kam, dass viele Einrichtungen wegen ungeklärter Kostenübernahmen vor erheblichen Finanzierungslücken standen. Die Belastung mit der neuen Situation ging an den Bewohnern und auch an den Beschäftigten nicht spurlos vorbei. Die Sorge um die Gesundheit, fehlende Schutzkleidung, die psychischen Folgen der eingeschränkten Bewegungsfreiheit und die Neuorganisation einer gänzlich weggebrochenen Tagesstruktur der Bewohner stellte die Beschäftigten vor enorme Herausforderungen. Wir als FDP-Fraktion haben aus diesen Gründen die Forderung erhoben, den Beschäftigten in der Behindertenhilfe eine Prämie – analog zur Altenpflege – zukommen zu lassen.

Die Stärke einer inklusiven Gesellschaft beweist sich auch und gerade in Krisenzeiten. Daher haben wir intensiv auf Unterstützungsbedarf bei den Sozialschutzpaketen hingewiesen und vieles davon wurde inzwischen umgesetzt. Handlungsbedarf besteht aber nach wie vor, denn die sozialen Strukturen sind bis zum Ende der Pandemie gefährdet. Wir müssen die sozialen Angebote dringend erhalten, denn ein Wiederaufbau nach der Krise würde schwieriger und teurer.

Wir dürfen die Zukunft nicht aus den Augen verlieren. Wir als Fortschrittspartei werden auch im sozialen Bereich die Themen HighTec und Digitalisierung weiter voranbringen. Es muss selbst-



verständlich sein, WLAN in Einrichtungen der Altenpflege oder der Behindertenhilfe anzubieten. Neue Mobilität wie das Autonome Fahren muss auch in Hinblick auf Menschen mit körperlichen Behinderungen konzipiert und umgesetzt werden. Die Möglichkeiten des 3D-Drucks sollten offen anwendungsorientiert erforscht werden oder noch mehr als bisher bei Prothesen und anderen Hilfsmitteln eingesetzt werden. All das stärkt die Eigenständigkeit sowie die individuelle Selbstbestimmung und das vollkommen unabhängig von Alter und Behinderung.

Forschung und Sozialstaat sind kein Widerspruch.



# TRANSATLANTIK

## Engagement in Mittel- und Südamerika ausbauen

Bilaterale Strukturen müssen erhalten bleiben – Entwicklungszusammenarbeit muss transparent sein

Mittel- und Südamerika hat sich zum Epizentrum der Corona-Pandemie entwickelt und leidet extrem unter den Auswirkungen der Krise. Die im Schatten der USA stehenden Länder haben nicht erst seit der Corona-Krise mit großen Problemen zu kämpfen: Drogenhandel, Armut, Korruption, Gewalt und politische Instabilität stehen auf der Tagesordnung. Auf internationaler Ebene werden sie kaum wahrgenommen und von der Entwicklungspolitik sträflich vernachlässigt. Dabei können viele Länder dringend Unterstützung von außen gebrauchen.

Die meisten Länder dort haben einen mühsamen Weg der politischen Transformation zurückgelegt und demokratische Strukturen etabliert. Seitdem nehmen jedoch soziale Konflikte zu und werden von den postdiktatorischen Regierungen nicht selten repressiv

beantwortet. Insbesondere in Hinblick auf die Einhaltung von Menschenrechten, Pressefreiheit und freier Meinungsäußerung zeigen sich beunruhigende Entwicklungen.

Besonders in Haiti stellt sich die politische und humanitäre Lage katastrophal dar. Mehrere Staatsstrieche, verheerende Naturkatastrophen, El Niño sowie Dürrezustände verschärfen die Lage und gefährden die vorhandenen demokratischen Strukturen. Warum das Land trotzdem so wenig internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung erfährt, verwundert – auch, weil Haiti zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt gehört; rund 60 Prozent aller Haitianer leben unterhalb der Armutsgrenze.

Auch Deutschland hat in Haiti den Rückzug aus der bilateralen



Entwicklungszusammenarbeit angekündigt. Auf der vorläufigen Länderliste der bilateralen Partner im neuen Reformkonzept „BMZ 2030“ finden sich mit Ecuador und Kolumbien nur noch zwei Länder aus Süd- und Mittelamerika. Die Kriterien, nach denen die Auswahl der Partnerländer erfolgte, sind auch dem Parlament nicht nachvollziehbar offengelegt. Gleiches gilt für die neu geschaffenen Partnerschaftskategorien, die über die Art der Entwicklungszusammenarbeit entscheiden.

Nicht nur wir Freien Demokraten, auch Experten und Verbände kritisieren diese Auswahl: Die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit auf Afrika zu konzentrieren, wirke mehr wie interessensgeleitete Geopolitik, als bedarfsorientierte Entwicklungspolitik. Diese Ausrichtung ist gerade in der Corona-Krise fragwürdig, denn Länder wie Haiti und Guatemala sind gerade jetzt dringend auf Hilfe von außen angewiesen.

Dem gegenüber klingt es wie blanker Hohn, dass Deutschland nach wie vor China finanziell unterstützt und dem Land vergünstigte Staatskredite bereitstellt – und das, obwohl das Land längst zur globalen Wirtschaftsmacht und zum Exportweltmeister aufgestiegen ist. Es bleibt wohl unbestritten, dass dieses Geld wirksamer eingesetzt werden kann. Auch auf entwicklungspolitischer Ebene zählt China zu den größten Gebern.



Die Corona-Pandemie wirkt in Südamerika wie ein Brandbeschleuniger. Die politischen Spannungen nehmen zu und die Krise wird dazu missbraucht das zivilgesellschaftliche Engagement noch weiter einzuschränken.

Auch die indigenen Völker leiden noch mehr in der Krise. Sie werden vertrieben und die Abholzung des Regenwaldes wird massiv vorangetrieben. Die intensive Entwaldung bleibt von der weltweiten Aufmerksamkeit jedoch wegen der Corona-Pandemie kaum beachtet. Hier bedarf es nicht nur verstärktem entwicklungspolitischen Engagements, sondern auch des Druckes der internationalen Gemeinschaft.

Entwicklungspolitik muss da ansetzen, wo sie benötigt wird.



## Dr. Volker Pellet

Deutscher Botschafter  
in der Dominikanischen Republik

” Als Mitglied der deutsch-mittelamerikanischen Parlamentariergruppe setzt sich Jens Beeck für den Austausch zwischen dem Bundestag und vielen Akteuren aus Politik und Zivilgesellschaft in Mittelamerika ein. Im Rahmen dieses Engagements hatte ich die Freude, den Abgeordneten Beeck in Santo Domingo kennenzulernen. Ich freue mich auf ein Wiedersehen - bei mir in der Dominikanischen Republik oder in Deutschland.



# 10



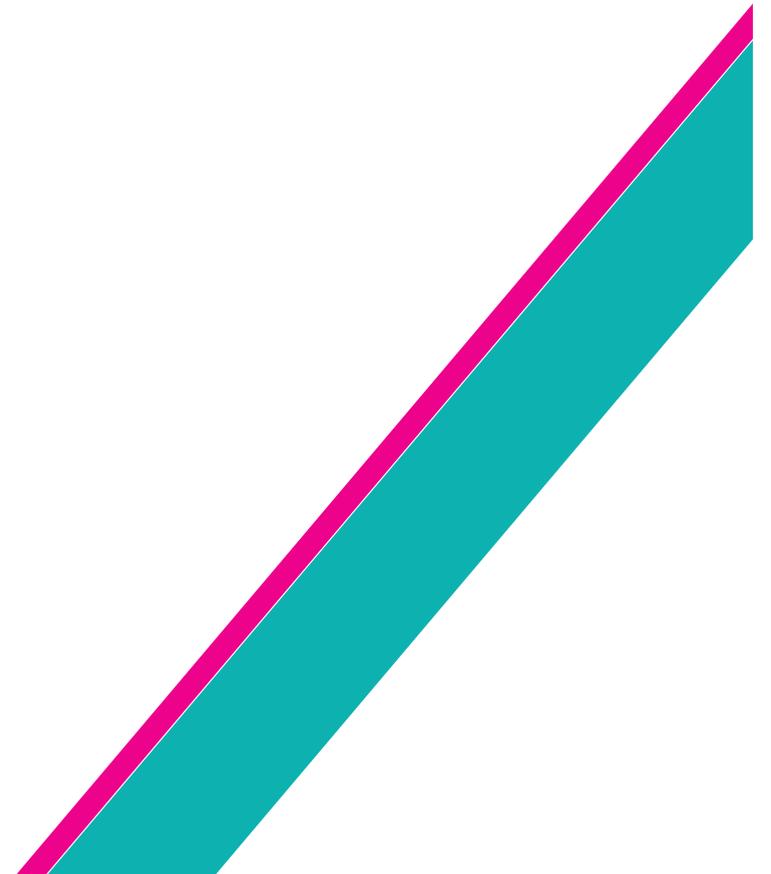
JB

MSP

# BIGFIVE

Politische Philosophie

Neuland braucht einen klaren Kompass



# RECHTSSTAAT

## Ein neues Sozialgesetzbuch und das Bundesverfassungsgericht

Wahrlich kein Abgeordnetenalltag

In den beiden ersten Jahren als Bundestagsabgeordnete gab es zwei hervorstechende Ereignisse.

Das erste betrifft die Gesetzgebung. Tausende Gesetze regeln unser gesamtes gesellschaftliches Leben und in jeder Sitzungswche des Bundestages kommen neue Gesetze oder Veränderungen bestehender Gesetze hinzu. Allein in der vergangenen Wahlperiode sind 555 neue Gesetze bzw. Änderungen verabschiedet worden und auch in dieser Wahlperiode zeichnet sich ähnliches ab. Andererseits existierten in der Bundesrepublik Deutschland bisher lediglich 12 Sozialgesetzbücher, die gemeinsam das Sozialgesetzbuch (SGB) abbilden.

Es war ein sehr außergewöhnliches Ereignis, als Parlamentarier

direkt und persönlich an einem neuen Sozialgesetzbuch, dem dreizehnten, mitzuarbeiten. Das neue Einzelbuch trägt den Titel „Soziales Entschädigungsrecht“, es dient der Opferentschädigung und klärt die Versorgungsansprüche in vielen Bereichen, die über die klassischen Sozialversorgungssysteme hinausgehen. Angebracht und notwendig war die Neuordnung aufgrund der Verpflichtung des Staates, für erlittenes Unrecht seiner Bürger einen Aufopferungsanspruch anzuerkennen und zu entschädigen. Wer eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch eine Gewalttat erleidet, hat daher unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf staatliche Hilfen. Ziel der Leistungen ist es, die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen einer Gewalttat auszugleichen. Auch Angehörigen von Todesopfern stehen Entschädigungen zu. Ansprüche haben Opfer von Gewalttaten, von terroristischen

JB

MSP



Anschlägen wie auf dem Breitscheidplatz 2016 oder auch Kinder, die Opfer sexuellen Missbrauchs wurden. Auch die Opfer des Germanwings-Absturzes von 2015 und ihre Angehörigen zählen dazu. Wir Freie Demokraten haben uns intensiv für die Aufnahme der Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in das neue SGB eingesetzt und für eine flächendeckende und schnelle Errichtung von Traumaambulanzen als niedrigschwelliges Hilfsangebot für akute oder länger zurückliegende Ereignisse gesorgt. Es gehört zu den Kuriositäten des Bundestages, dass das neue Sozialgesetzbuch die Nummer XIV trägt.

Das zweite besondere Ereignis war, als Abgeordneter für die FDP-Bundestagsfraktion in einem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu kämpfen. In einer mündlichen Verhandlung im April 2019 wurde über unsere mit anderen Fraktionen eingereichte Klage für das Wahlrecht von Menschen unter rechtlicher Betreuung beraten. Das bis dato geltende Recht mit einem Wahlrechtsausschluss widersprach unseren verfassungs- und menschenrechtlichen Maßstäben. Die Vermutung, dass Menschen unter Betreuung die Fähigkeit zu einer reflektierten Wahlentscheidung fehle, war längst überholt. Auch die UN-Behindertenrechtskonvention unterscheidet nicht zwischen fähigen und unfähigen Wählern, da eine solche Differenzierung willkürlich und diskriminierend ist. Die Freiheit, eine eigene Entscheidung zu treffen, sollte allen Menschen gewährt werden; auch denen, die den herkömmlichen

Anforderungen an Vernunft und sogenannte Normalität nicht erfüllen.

Die Zeit drängte, da wir als Bürgerrechtspartei allen Menschen die Teilnahme an der Europawahl im Mai 2019 ermöglichen wollten. Die Bundesregierung hatte wertvolle Zeit verstreichen lassen und beabsichtigte, dieses Wahlrecht den Menschen zur Europawahl noch zu versagen. Das war aus Sicht der Freien Demokraten nicht hinnehmbar und wir hatten uns daher in ungewöhnlicher Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke entschlossen, gemeinsam das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Das am selben Tag gefällte Urteil war eindeutig und gab uns in der Sache vollkommen Recht.

Es war nicht nur der Sieg der Bürgerrechte, sondern ein Erfolg für die Menschen unter Betreuung, von denen einige erstmalig in ihrem Leben an einer Wahl teilnehmen konnten.

Demokratie lebt durch die Menschen, die sie leben.





## Friedrich Straetmanns MdB

Rechtspolitischer Sprecher, Fraktion Die Linke.

“ Es gibt große Unterschiede zwischen den politischen Zielen meiner Partei, DIE LINKE, und der FDP. Dennoch gibt es Gemeinsamkeiten: Eine davon ist die Auffassung, dass die vollkommene Teilhabe von Menschen mit Behinderung einen Ausschluss vom Wahlrecht nicht erlaubt. Diesen Kampf gemeinsam erfolgreich geführt zu haben, erfüllt mich mit Freude.



# ENTWICKLUNGSPOLITIK

## Multilateral statt bilateral – wir müssen Doppelstrukturen vermeiden

krisenfeste Netzwerke nicht aufgeben

Immer wieder steht die Entwicklungspolitik in der Kritik. Sie sei zu teuer, zu anmaßend und zu naiv im Umgang mit korrupten Staaten. Entwicklungspolitik muss wirksam gestaltet werden – darin sind sich alle einig. Dafür müssen die vorhandenen Mittel aber effizienter eingesetzt und Projekte besser koordiniert werden. Entwicklungspolitisches Ziel muss immer sein, Länder, die Unterstützung brauchen, zu befähigen, eigenverantwortlich für sich selbst zu sorgen. Deshalb möchten wir Freie Demokraten auch nicht von Entwicklungshilfe sprechen, sondern von einer Partnerschaft auf Augenhöhe. Uns ist eine wertorientierte Entwicklungspolitik wichtig, die den Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Soziale Marktwirtschaft legt und damit Menschenrechte sichert und individuelle Freiheit ermöglicht. Dafür ist es notwendig, die Entwicklungszusammenarbeit nicht nur innerhalb Deutsch-

lands abzustimmen, sondern auch mit anderen Geberländern. Nur so können Doppelstrukturen abgebaut und in Zukunft vermieden werden.

Unser Ziel ist es, gemeinsam mit unseren Partnern die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu erreichen, auf deren Umsetzung wir uns mit 192 anderen Staaten bis 2030 geeinigt haben. Die Bekämpfung von Armut, Krankheiten und Hunger gehört ebenso dazu, wie die Verpflichtung zu mehr Klimaschutz oder besseren Bildungschancen.

Die Bundesregierung befindet sich inmitten im Umstrukturierungsprozess der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und



Entwicklung (BMZ) legt mit „BMZ 2030“ ein neues Reformkonzept vor und erklärt damit die Zusammenarbeit mit rund 25 der 85 Partnerländer für beendet. Darunter fallen auch Länder, die zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt gehören und dringend auf Unterstützung von außen angewiesen sind – gerade in der Corona-Krise.

Vor Allem zu Anfang der Pandemie haben sich auch die jahrzehntelang von Deutschland aufgebauten bilateralen Strukturen im Gesundheitsbereich bewährt. Kein anderes Land verfügt über so ein großes fachliches Netzwerk. Dadurch konnten Organisationen sofort tätig werden und in Absprache mit den Partnern vor Ort Hilfsmaßnahmen einleiten.

Solange keine verlässlichen alternativen multilateralen Strukturen aufgebaut sind, sollte die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitsbereich daher dringend erhalten bleiben.

▣ Globale Probleme erfordern globale Antworten.

# FORTSCHRITTSPREIS

## Das Leben findet seinen Weg

Präimplantationsdiagnostik als ethische Frage

Zur Freiheit gehört es, das Recht auf Leben eines jeden Menschen zu schützen. Das gilt unabhängig von den Lebensumständen des Einzelnen und seiner körperlichen und seelischen Befindlichkeit. Jedes menschliche Leben ist als solches gleich wertvoll. Es ist ein hoher moralischer Anspruch, über Leben zu entscheiden. Aber keinem Menschen und keiner Institution steht es zu, die Frage zwischen lebenswert und lebensunwert zu stellen oder sie gar zu beantworten.

Dies ist unser Maßstab und zugleich Ausdruck des Artikels 2 Absatz 2 Satz 1 unseres Grundgesetzes: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Es ist aber nicht nur unser Maßstab, sondern auch eine Verpflichtung. Dies muss unser Denken und Handeln leiten.

Die aktuelle Zeit wird geprägt durch rasante medizintechnologische Entwicklungen. Im Bereich der gendiagnostischen Verfahren existieren inzwischen eine Vielzahl von Möglichkeiten, das menschliche Leben bereits vor der Geburt gläsern zu machen. Wir stoßen an Grenzen, wenn die Ergebnisse dieser Diagnostik mit keinerlei gesundheitlichem Nutzen oder gar Heilung verbunden sind. Im Bereich der pränatalen Diagnostik bei Trisomie 21 ist seit Jahren eine Diskussion entbrannt, die ethische und medizinische Komponenten hat und Fragen aufwirft. Diese ethische Fragen und ihre rechtlichen Antworten gehören ins Parlament und in die Gesellschaft als Ganzes. Diese Fragestellungen sind jedoch keine reinen rechtlichen Sachfragen, sondern sie unterliegen eben eigenen höchstpersönlichen ethischen Bewertungen.

JB

MSP



Klassische Parteipolitik bietet hier keinen Rahmen, so dass bei Fragen mit hoher ethischer Relevanz mehr als sonst üblich Fraktionsgrenzen aufgehoben werden. Eine fraktionsübergreifende, demokratische Gruppe von Abgeordneten hat sich in dieser Wahlperiode zu den nicht-invasiven pränataldiagnostischen Bluttests zusammengeschlossen. Unsere Aufgabe ist es, gemeinsame ethische Grundüberzeugungen mit der Lebenswirklichkeit der modernen Diagnostik und deren Folgen in Einklang zu bringen. Wir stehen für eine inklusive, barrierefreie und teilhabeorientierte Gesellschaft, die Sorgen und Ängste jedoch ernst nimmt.

Fest steht bereits, dass keine der denkbaren Lösungen geeignet ist, alle Dilemmata vollständig aufzulösen. Politische Verantwortung heißt jedoch, dennoch eine Entscheidung zu treffen.

Politik muss sich auch Fragen stellen, deren Beantwortung von keiner Seite Beifall erwarten lässt.

## Corinna Rüffer MdB

Sprecherin für Behindertenpolitik,  
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

“ Du bist ein angenehmer Kollege, mit dem die persönliche Ebene auch dann funktioniert, wenn es inhaltlich auseinandergeht. Ich schätze dein Engagement. Es ist eine Freude, deine cleveren Nachfragen zum Beispiel bei Anhörungen zu verfolgen. ”





# KINDERGESUNDHEIT

## Prävention ist entscheidend

Die nächste Generation fit machen

Die Themen Ernährung und Gesundheit sind zentral für das gute Aufwachsen unserer Kinder. Die psychische und physische Gesundheit sind die Grundlagen für eine gute Entwicklung. Umso mehr müssen wir unsere Kritik am sogenannten „Gute-Kita-Gesetz“ an dieser Stelle erneuern: Laut des „Gute-Kita-Berichts“ des Paritätischen Gesamtverbandes, hat keines der Bundesländer Bundesmittel in den Bereich Kindergesundheit investiert. Wo kommen unsere Lebensmittel her? Was ist gesundes Essen? Diese Fragen können schon den Kleinsten spielerisch näher gebracht werden – im Kita- oder Schulgarten oder beim Besuch von Landwirten in der Region.

Vor allem in der Frühkindlichen Bildung ist hier die Aufklärung und der Kontakt mit den Eltern ausschlaggebend. Denn Dinge wie

gemeinsam und gesund kochen werden vor allem in den Familien gelebt. Dennoch müssen Themen wie Ernährung und auch ausreichend Bewegung im Kontakt zwischen Fachkräften und Eltern immer wieder thematisiert werden. Toben, laufen, entdecken – wer Kinder und Enkelkinder hat, weiß: Kleine Kinder muss man nicht dazu zwingen, sich zu bewegen! Dass nach einer aktuellen Studie des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen inzwischen 27% der Kinder in Deutschland als fettleibig gelten, muss ein Alarmsignal für uns alle sein.

Doch auch die psychische Gesundheit ist ein weiteres wichtiges Feld. Oftmals ist dieses Thema leider mit einem Makel behaftet. Umso mehr freut es uns, dass es uns gemeinsam mit unseren Kollegen gelungen ist, beim Bundesministerium für Familien, Seni-

oren, Frauen und Jugend zu bewirken, dass die Interessenvertretung für Kinder aus Suchtfamilien e.V. – entgegen einer vorherigen Entscheidung - nun doch aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans gefördert wird. Denn psychische Belastungen und schwierigen Startchancen stellen noch zu häufig unverschuldete Hürden für das Potenzial junger Menschen dar.

Auch bei der medizinischen Versorgung von Kindern gibt es Probleme. Eine Studie der Universität Köln zeigt, dass in Kinderkliniken bereits jetzt oft Platzmangel herrscht. Die Unterfinanzierung führt zu weniger Betten und der erhöhte Personalbedarf von erkrankten Kindern wird nicht adäquat abgebildet. In der Pädiatrie soll sich die Bedarfsplanung der ärztlichen Versorgung stärker an der regionalen Bevölkerungsentwicklung orientieren. Dies soll zu einem Anstieg der Arztsitze führen, wobei auch 400 Sitze für Pädiater ausgeschrieben werden sollen. Daran wird sich die Bundesregierung messen lassen müssen.

Ein weiteres, großes Tabu sind sterbende Kinder. Der Verlust eines Kindes ist das Schlimmste, was Eltern passieren kann. In dieser Ausnahmesituation leisten die vielen ehrenamtlichen Helfer in stationären und ambulanten Kinderhospizen eine Arbeit, die wir nicht hoch genug schätzen können. Denn Eltern und Geschwister von sterbenden Kindern brauchen ein offenes Ohr, eine Person, mit der sie in dieser schlimmsten Situation offen reden können.



## Dr. Burkhard Rodeck

Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft  
für Kinder- und Jugendmedizin e.V.

„Lieber Herr Seestern-Pauly, uns eint ein gemeinsames Interesse – das sind unsere Kinder. Wir sind uns in Berlin und auch regional oft begegnet, die Treffen waren geprägt durch Respekt, Sympathie und konstruktiven Ideen. Ich konnte unsere Anliegen als Vertreter der wissenschaftlichen Fachgesellschaft der Kinder und Jugendmedizin vortragen, Sie konnten sie im Sinne einer seriösen Politikberatung aufnehmen und in Ihrer politischen Arbeit soweit möglich umsetzen. Ich freue mich auf den weiteren zukünftigen Austausch.“



# SCHULABSENTISMUS

Ein Umdenken braucht es, Unterstützung ist gefragt

Wegducken ist keine Lösung

Schul- und Unterrichtsverweigerung sind oft Gründe für das Verlassen einer Bildungseinrichtung ohne Schulabschluss. Schulabsentismus hat daher gesamtgesellschaftliche Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt oder in den sozialen Sicherungssystemen. Vor allem jedoch ist Schulabsentismus immer auch an eine individuelle Lebensgeschichte gekoppelt.

Die Träger und Mitarbeiter der (Schul-) Sozialarbeit unterstützen betroffene Kinder und Jugendliche dabei, wieder zu einem geregelten Schulbesuch zurückzufinden. Die Expertise dieser vor Ort verwurzelten Strukturen und Angebote ist in ihrem pluralistischen Ansatz eine große Stärke.

Und dennoch: Die Bundesregierung gibt auf unsere Nachfrage un-

umwunden zu: Zu Schulabsentismus lägen ihr „keine Erkenntnisse“ vor, sie hat in diesem Zusammenhang „[...] keine Studien in Auftrag gegeben oder finanziert“ und auch keine Erkenntnisse über die Ursachen von Schulabsentismus oder die kinder- und jugendpsychologische Versorgungssituation von Schulverweigerern.

Das ist unbefriedigend. Wir fordern daher endlich eine evidenzbasierte Grundlage für eine Verbesserung und Weiterentwicklung bestehender Ansätze der Jugendsozialarbeit zu schaffen.

Wenn Kinder und Jugendliche der Schule fernbleiben, dürfen wir nicht abwesend sein.

## Heiko Krause

Geschäftsführer des Bundesverbandes für Kindertagespflege e. V.

“Matthias Seestern-Pauly habe ich als einen interessierten und engagierten Gesprächspartner erlebt. Das Gebiet der Kindertagespflege, das wir vertreten, ist ein eher kleiner Themenbereich der Familienpolitik. Herr Seestern-Pauly zeigte sich aufgeschlossen für die Thematik und bereits gut informiert, was sicher mit seiner kommunalpolitischen Erfahrung zu tun hat. Wir freuen uns auf weitere Gespräche und bleiben gern im Kontakt.“



# UNTERWEGS

## stark vor Ort

Niedersachsen on Tour

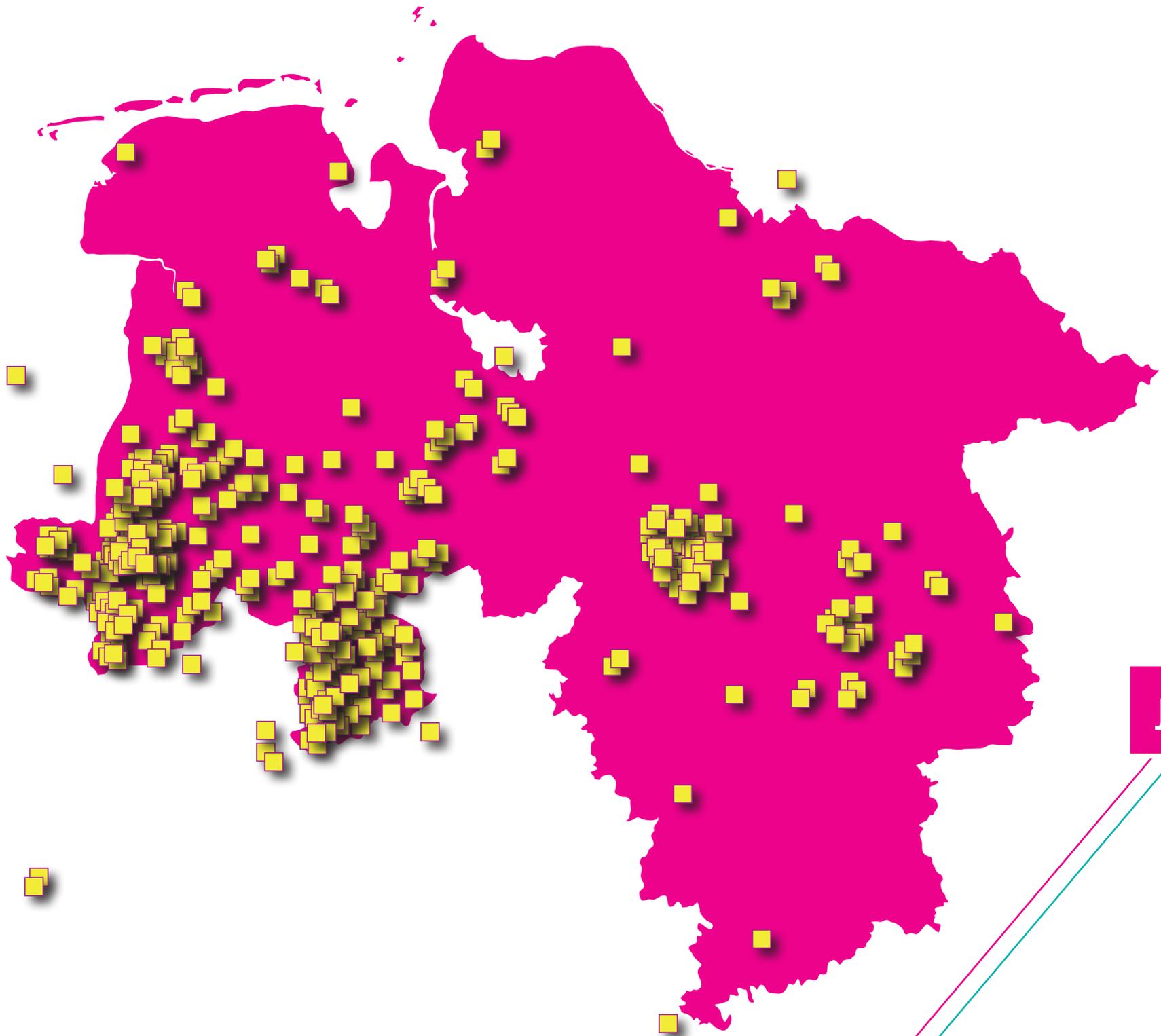
Im Niedersachsenlied heisst es so passend: „Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen, ...“ Und es ist genau diese tief empfundene Verwurzelung in unserer wunderschönen Heimat, die auch uns prägt und in der Art und Weise wie wir Politik machen leitet.

Wir sind beide aus fester Überzeugung heraus kommunalpolitisch aktiv, denn es ist Politik für die Menschen vor Ort, die wir aktiv gestalten wollen. Es sind die unmittelbaren Auswirkungen von politischen Entscheidungen, die klar machen, ob man den richtigen Weg eingeschlagen hat. Es sind die Mitmenschen, die der wichtigste Spiegel für das eigene Handeln sind, denn als Volksvertreter im engsten Sinn, sind die Bürgerinnen und Bürger vor Ort unsere Auftraggeber.

Und um diesem eigenen Anspruch gerecht werden zu können, ist uns die Präsenz vor Ort wichtig. Von Anfang an stand der enge Austausch und der Dialog mit den Niedersachsen ganz vorne auf unserer Agenda. Wir Abgeordnete gehören zu den Menschen, dicht dran und nicht weit weg.

Daher waren wir viel unterwegs, haben zugehört, erklärt und verstanden, worum es dem Einzelnen geht, was besser werden soll, wo es nicht rund läuft und wo Gesetze ihre Ziele nicht erreichen.

Jeder gelbe Punkt auf dieser Karte steht nicht nur für einen Ort, für Termine und Gespräche vor Ort, sondern immer auch für eine Geschichte, ein Anliegen, ein Schicksal. Und darum geht es: Niedersachsen und ganz Deutschland besser machen.



JB

MSP

## Karl Finke

Präsident

Behinderten-Sportverband Niedersachsen e. V.

|| Jens Beeck ist ein ausgewiesener Fachmann in behindertenpolitischen Themen. Er zeichnet sich durch sein fundiertes Fachwissen und sein offenes Ohr für die Anliegen von Menschen mit Behinderungen aus.



JB

MSP

## Datenschutzhinweise der Abgeordneten Jens Beeck und Matthias Seestern-Pauly

Sehr geehrte Damen und Herren,  
auf Grund der am 25. Mai 2018 in Kraft getretenen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie über die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten bei uns zu informieren und bezüglich dieser Daten, folgende Datenschutzhinweise zu geben.

Diese Datenschutzhinweise informieren Sie über die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Abgeordneten Jens Beeck und Matthias Seestern-Pauly, informieren Sie über Ihre Rechte und versetzen Sie in die Lage, über den Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten, informiert zu entscheiden. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Jens Beeck MdB und Matthias Seestern-Pauly MdB, die Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 227 -74268 / -75506, E-Mail: [beeck.seestern-pauly@bundestag.de](mailto:beeck.seestern-pauly@bundestag.de) Den Datenschutzbeauftragten der Abgeordneten erreichen Sie unter der oben genannten Postadresse, mit dem Zusatz „An den Datenschutzbeauftragten der Abgeordneten“. Von Ihnen mitgeteilte Daten einschließlich Ihrer Kommunikationsdaten (Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse) verarbeiten wir, um mit Ihnen in Kontakt treten zu können und ggf. Ihre Anfrage beantworten zu können. Die Verarbeitung beruht auf Ihrem Einverständnis (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO), bzw. auf Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse). Wir weisen Sie darauf hin, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten, aus denen eine politische Meinung, religiöse oder weltanschauliche Überzeugung hervorgeht nach Art. 9 Abs. 1 DSGVO untersagt ist. Das Verbot der Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten dieser besonderen Kategorien ist nicht einschlägig, wenn die betroffene Person diese offensichtlich öffentlich gemacht hat (Art. 9 Abs. 2 lit. e DSGVO). Eine Weiterleitung erfolgt ggf. innerhalb des Mitarbeiterteams der Abgeordneten Jens Beeck und Matthias Seestern-Pauly, sowie ggf. an die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag und / oder deren Mitglieder. Grundsätzlich löschen wir Ihre Daten, sobald sie für die oben genannten Zwecke

nicht mehr erforderlich sind, es sei denn, die vorübergehende Aufbewahrung ist weiterhin notwendig. Wir speichern Ihre Daten aufgrund bestehender Nachweis- und Aufbewahrungspflichten, die sich aus Art. 17 DSGVO ergeben. Sie können unter der o.g. Adresse Auskunft (Art. 15 DSGVO) über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten sowie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung (Art. 16 DSGVO) oder die Löschung (Art. 17 DSGVO) Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) Ihrer Daten sowie ein Recht auf Herausgabe (Art. 20 DSGVO) der von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zustehen. Eine mir von Ihnen erteilte Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten für bestimmte Zwecke können Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen (Art. 7 Abs. 3 DSGVO). Der Widerruf lässt die zuvor auf der Einwilligung beruhende Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung unberührt. Bei Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 lit. e haben Sie ferner das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, rechtmäßigen und auf gesetzlicher Grundlage erfolgenden Datenverarbeitungen zu widersprechen (Art. 21 DSGVO). Das Widerspruchsrecht besteht nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, welches Ihre Interessen überwiegt oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet. Weiterhin haben Sie die Möglichkeit, sich an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden. Die für uns zuständige Behörde ist: Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in Bonn. Postanschrift: Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Husarenstr. 30 - 53117 Bonn, Telefon: +49 (0)228-997799-0, Fax: +49 (0)228-997799-5550, E-Mail: [poststelle@bfdi.bund.de](mailto:poststelle@bfdi.bund.de)  
Weiterhin gilt: Sofern Sie von uns nicht mehr angeschrieben werden wollen, reicht ein kurzer Hinweis per Telefon, Telefax, E-Mail oder schriftlich an unser Berliner Büro.

Wenn in den Texten dieser Broschüre Personenbezeichnungen aus Gründen der besseren Lesbarkeit lediglich in der männlichen oder weiblichen Form oder im generischen Maskulinum/Femininum verwendet werden, so schließt dies die jeweils nicht explizit erwähnten Geschlechter mit ein.

Die Rechte an den Fotos liegen bei Jens Beeck MdB und/oder Matthias Seestern-Pauly MdB, sofern nicht gesondert ausgewiesen. Einige der Fotos sind noch in der Vor-Corona-Zeit entstanden, als auch die Abstandsregeln noch nicht galten.